

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M., im übrigen 3.00 M., bei Postbestellung monatlich 3.50 M., zgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Streifenband 6.75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 15.— M. zuzüglich Devisenaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2995 und 2996.

Die achtspaltige Nonpareilzeile ober dem Raum, sowie jede Wort-Länge, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut angelegtem Anzeigen-Tarif berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inkubations-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2995-96, 9765

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Höchste Befahr im Ruhrgebiet!

## Entscheidende Stunden.

Von Karl Kautsky.

Wir stehen vor dem Ablauf des Ultimatums, das die Reichsregierung der Arbeiterbevölkerung des Ruhrreviers gestellt hat. Ein Ultimatum, ebenso kurzfristig, wie das, welches im Juli 1914 die österreichische Regierung der Serben stellte, und das den Weltkrieg entzündete: ein Ultimatum, ebenso kurzfristig, ebenso kurzfristig und vielleicht auch ebenso verderblich für das deutsche Volk, wie das vor sechs Jahren.

Sollte nicht eine Verständigung innerhalb der gegebenen Frist erreicht sein — und das ist bei der Kürze der Frist und der Kompliziertheit der Verhältnisse schwer möglich — dann erhebt sich das dringendste Lebensinteresse des deutschen Proletariats, des gesamten deutschen Volkes, die Frist zu verlängern und mit den Verhandlungen fortzufahren. Nicht eher sollte zum nächsten geschritten werden, als bis alle Mittel der Verständigung erschöpft sind.

Gewiß, das Verhandeln ist eine schwierige Kunst. Es erfordert ebenjohies Klugheit wie Sachkunde: die Kunst, die Menschen zu behandeln, aber auch die Gabe, sie zu lieben, die Achtung vor dem Menschenleben.

Die militärische Methode der gewalttätigen Niederlegung eines jeden Widerstandes wirkt weit rücksichtloser und grausamer — aber wie entsetzlich ihre Konsequenzen, nicht nur vom Standpunkte der Humanität, was auf der Hand liegt, sondern auch vom Standpunkte herabsehender Politik und Ökonomie!

Sicher gibt es unter den Kämpfern im Ruhrrevier, wie überall, gewalttätige und auch unheimliche Elemente. Aufgabe der Verhandlungen wäre es, und in hohem Grade ist das bereits gelungen, die Masse der Arbeiterschaft von diesen Elementen loszulösen, sie zu isolieren und dadurch zu gutwilliger Untertwerfung zu bringen. Verweigern sie diese, dann wäre kein großer Kraftaufwand nötig, der Widerheit Herr zu werden. Ihre Niederwerfung könnte wohl schon durch die organisierte Arbeiterschaft allein geschehen, würde sicher unter ihrer Zustimmung erfolgen.

Läßt man dagegen gegen die Arbeiterschaft das Militär los, ehe alle Mittel der Verständigung erschöpft sind, dann fühlen sich alle Arbeiter gleich bedroht und betroffen, dann kollert man nicht die gewalttätigen Elemente, sondern scharf um sie das gesamte kampfsfähige Proletariat des Ruhrreviers. Wohl muß man damit rechnen, daß es Niederlegungen wird, wenn's zum äußersten kommt. Aber durch einen derartigen Sieg macht die Regierung das Herz Deutschlands zu ihrem erbittertesten Gegner, bringt sie sich in Gegensatz zu dem gesamten Proletariat des Reiches.

Auf der andern Seite aber geriet die Regierung noch mehr als die alte in die Gefangenenschaft ihrer siegreichen Generale, derselben Diktatoren, aus deren Klauen sie eben durch die siegreiche Erhebung der Volksmasse befreit wurde.

Das politische Leben Deutschlands würde abermals aufs heilloste zerrüttet. Und dazu gestellte sich noch eine tiefgehende Zerrüttung des ökonomischen Lebens. Verwundete Menschen, die den Untergang vor Augen sehen, sind zu allem fähig. Der Masse der Arbeiter im Ruhrrevier ist sicher jeder Gedanke an Fortdauer der Verwerfung ihrer eigenen Lebensquellen, fremd. Aber niemand kann wissen, wozu einzelne unter ihnen greifen, wenn sie das Brandrecht vor Augen haben; ob sie dann den Sieger nicht ebenso empfindlich zu treffen suchen, wie es die deutschen Generale in Nordfrankreich taten. Gar leicht kann den Hochverratigen des Ruhrreviers das Sozialist der nordfranzösischen bereitet werden. Das wäre der industrielle Tod Deutschlands, der physische Tod der Hälfte des deutschen Volkes.

Aber selbst wenn es zu diesem Fortschreiten nicht kommen sollte, wie wir alle wünschen müssen, so wäre es mit der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter für lange vorbei. Nur verbitterter Groll findet seinen Ausdruck im hundertfachen Produktionsstillstand, die jeden Aufschwung der Produktion, Landwirtschaft, Industrie sowie des Gewerbes, des Handels, des Verkehrs, der in diesem Sommer trotzdem einzutreten hat, soll das deutsche Volk endlich aus dem Hunger- und Hungerstadium herankommen.

Das alles steht auf dem Spiele, mit allen diesen fürchterlichen Konsequenzen bedroht uns die Politik der Regierung,

wenn sie sofort die Waffen sprechen läßt, ehe sie alle Möglichkeiten einer Verständigung versucht hat.

Die jetzigen Unruhen im Ruhrrevier sind nur die Reaktion auf den Staatsstreich der Kapp-Lüttwigs. Ohne diesen wäre es den Arbeitern im Ruhrrevier nie eingefallen, sich zu erheben, bestände dort heute noch der tiefste Friede. Die Regierung hat es nicht unter ihrer Würde gefunden, um Blutergießen zu vermeiden, vor den Männern des Staatsstreichs nach Stuttgart zu fliehen. Sie hat auch nach ihrem Siege keinen von ihnen bisher einen Schaden an Leib und Leben zugefügt.

Könnte sie nicht ein wenig von ihrer Würde auch gegen die fleißigen Arbeiter im Industriegebiet aufbringen, von deren Hände Arbeit das Leben ganz Deutschlands abhängt? Vermag sie sich dazu nicht aufzufordern, dann treibe dem deutschen Volke, dann geht es grollenhaften Tagen entgegen!

## Generalstreik im Ruhrrevier.

Im Ruhrrevier war es mit Ausnahme des Hammhorner Bezirks und Wesels ruhig. Man durfte hoffen, daß der Entschluß der Arbeiterschaft, selbst für Herbeiführung der Ruhe zu sorgen, die friedliche Beilegung des Konflikts ermöglichen würde. Ueberall wurde voll gearbeitet, auch die Mitglieder der Arbeiterwehren waren in den Betrieben.

Da fährt wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein Mass des Generals Watter auf das Revier nieder und setzt es in Flammen. Der General hat folgende „Ausführungsbestimmungen zum Bielefelder Abkommen“ erlassen:

1. Waffen und Munition sind den Volkseigenen abzugeben und von da an das Wehrkreiskommando abzugeben. Wenn bis 30. März 11 Uhr vormittags schon vier schwere und zehn leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer, 20 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 100 000 Schuß Infanteriemunition, 300 Schuß Minenwerfer abgeliefert sind, gelten die Bedingungen der Anerkennung der Staatsautorität als nicht erfüllt, so werden weitere Bestimmungen über restlose Abgabe erfolgen.

2. Die Regierungspräsidenten werden bis 30. März 11 Uhr vormittags ersucht, mitzuteilen, ob in ihrem Bezirk noch Volksgüter bestehen oder die öffentlichen Behörden restlos wieder in ihre Rechte eingefeiert sind. Bestehen noch Volksgüter, dann gilt die Bedingungen der Anerkennung der Staatsautorität als nicht erfüllt.

3. Bestehen am 30. März noch Teile der Roten Armee oder stehen Arbeiter unter den Waffen, so gilt die Bedingungen der Auflösung der Roten Armee als nicht erfüllt. Die gegnerische Kampflösung wird um Angabe hierüber bis zum 30. März 11 Uhr vormittags aufgefördert.

4. Sind am 30. März 11 Uhr vormittags noch nicht alle Gefangenen oder Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingungen der Freilassung der Gefangenen als nicht erfüllt. Die Gefangenen und Geiseln müssen bis 30. März mittags beim Wehrkreis Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen oder Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingungen als nicht erfüllt.

Ton und Inhalt des Abkommens lassen keinen Zweifel an der Absicht des Generals: das Bielefelder Abkommen unter allen Umständen als unerkennbar zu erklären, um den Vorwand für den Einmarsch des Militärs zu erhalten.

Das Abkommen, das ist die Art und alle Arbeiterparteien im Ruhrrevier, ist unerkennbar. Die Arbeiter haben gar nicht die Waffentragen, deren Ablieferung verlangt wird, sie können nicht in der so kurzen Zeit die absichtlich drohnd und demütigend formulierten Bedingungen erfüllen. Sie empfinden deshalb diesen ungeheuerlichen Mass als eine Kampfansage des Generals, der unter allen Umständen marschieren lassen will. Und dieselben Organisationen, die eben ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, selbst mit den Waffen in der Hand den Uebergriffen ein Ende zu machen, sie haben jetzt den Generalstreik im Ruhrrevier proklamiert. Sie haben es getan, weil sie von dem Einmarsch des Militärs das allerhöchste befürchten. Was aber ein neuer Kampf im Ruhrgebiet bedeuten würde, das hat Kautsky in dem

vorstehenden Artikel ausgeführt, der noch vor der Kenntnis der Watterschen Proklamation geschrieben ist.

In der Abwehr sind wieder alle Arbeiterorganisationen und die politischen Parteien völlig einmütig. Dies beweist folgende Mitteilung, die die Sozialdemokratische Partei (S. P. D.) an den Reichskanzler Müller heute Abend um 7 Uhr 45 Min. gerichtet hat, und die sie uns gleichzeitig übermittelt. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. März, wird vom Bezirk Niederrhein der S. P. D. nicht anerkannt. Die Bestrafung von 24 Stunden ist zu kurz. Es wird eine Frist von 3 Tagen verlangt. Der Kampf um Wesel konnte isoliert bleiben und wäre heute, längstens morgen beendet gewesen, weil nur noch die linksrheinischen R. P. D.-Anhänger weiter kämpfen. S. P. D., U. S. P. D., sowie der größte Teil der R. P. D. stehen hinter den Bielefelder Beschlüssen, desgleichen der Zentralrat für das rheinisch-westfälische Gebiet in Essen. Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet verächtlich und, gemeinsam mit U. S. P. und R. P. D. den Generalstreik auszurufen und alle Massen mobil zu machen, um die Reichswehr niederzuschlagen. Inzueinander werden wir unsere Genossen in den übrigen Bezirken des Reichs zur Solidarität für den Generalstreik und zur bewaffneten Abwehr anrufen. Die gesamte Reichswehr ist eine Gefahr für die Republik und den Sozialismus. Nur die geforderte Arbeiterwehr, mit Offizieren als Führer aus dem republikanischen Führerkreis entnommen, und außerdem von der organisierten Arbeiterschaft vorzuschlagenden Führern bieten auch für die Regierung Müller die einzige Sicherheit, daß ähnliche Vorkommnisse wie Kapp und Lüttwigs sich nicht wiederholen. Die Abberufung des Generals Watter in Münster fordert die S. P. D. unbedingt. Die dem Reichswehrgeschwörten Seering unbekannt, ist Watter ein unzuverlässiger Charakter.

Das Ultimatum der Reichsregierung vom 28. 3. spricht von Greuelen der Roten Armee. Wir halten es für notwendig, daß die Regierung, ehe sie solche Schwindelnachrichten in die Welt schleudert, sich durch amtliche Vertreter an Ort und Stelle informieren. Wir haben in Rheinland und Westfalen auch noch eine sozialdemokratische Partei, bei der man Informationen hätte einholen können.

Den Punkt 4 des oben erwähnten Ultimatums der Reichsregierung, der von der völligen Entwaflnung der Bevölkerung unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe handelt, können wir nicht anerkennen, solange die rechtmäßigen staatlichen Organe aus dem alten reaktionären Apparat bestehen und die Inhaber der vollziehenden Gewalt, diese unzuverlässigen Generale und Offiziere nach Uebergriffen und Lüttwigs handelt. Bis zum letzten Mann werden wir diese Militärkamarilla und jede Regierung, die nicht durch die Tat beweist, daß sie in der Lage ist, diese Militärkamarilla, sowie die reaktionären Beamten in Reich, Staat und Kommune zu beseitigen, mit dem Generalstreik, und nötigenfalls mit Waffengewalt bekämpfen.

Wir eruchen deshalb dringend, sofort zu veranlassen, daß die an der Grenze des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zusammengezogenen Reichswehrruppen sofort in ihre Standorte beordert werden, wofür die Reorganisation der Reichswehr sofort nach den oben bezeichneten Gesichtspunkten zu erfolgen hat.

Gleichzeitig wurde dem Reichskanzler um 7.45 Uhr erklärt, wir würden bis 10 Uhr an den Zentralrat in Essen und an den Bezirk Niederrhein der S. P. D. in Elberfeld Bescheid über die Entscheidung des zu gleicher Zeit laufenden Reichskabinetts. Wenn bis 10 Uhr ein Bescheid eintrifft, der besagt, daß die Reichsregierung den Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet unterlag, dann wird der bereits verkündigte Generalstreik wieder aufgegeben, andernfalls bleibt es bei dem beschlossenen Generalstreik.

Die Kundgebung ist den kommunistischen Parteiführern Winkelhof, Kolah, Ullmann und Dröner, Mitglieder der Nationalkommission, untergeordnet.

Ferner teilt der Zentralrat in Essen heute um 7.30 Uhr folgendes mit:

Der General Watter hat Bedingungen gestellt, die technisch unausführbar sind, ganz abgesehen von ihrer moralischen Qualifikation. Zur Abwehr des Watterschen Planes hat der Zentralrat in Essen beschlossen, zum sofortigen Generalstreik aufzurufen.

Zu gleicher Zeit erklärt der Zentralrat in Essen, daß er die Bielefelder Beschlüsse anerkenne und die

militärischen Führer erklärt haben, sich dem zu unterwerfen.

Die S. R. D. des Bezirks Niederrhein, die in den Rheinlanden bzw. Volksgruppen der verschiedenen Städte des rheinischen Industriegebiets vertreten ist, schließt sich dem Aufruf des Zentralkomitees an. Sie verlangt außerdem, daß sofort bevollmächtigte Vertreter der Regierung und der sozialistischen Parteien in Bielefeld oder Münster zusammenkommen, die über eine Verlängerung des Waffenstillstandes und über eine Einigung zu verhandeln haben.

Die Situation ist also fürchtbar ernst. Alles hängt davon ab, daß die Regierung sich nicht zum Spielball des konterrevolutionären Generals machen läßt. Dafür zu sorgen ist aber vor allem die Pflicht der Arbeiterorganisationen, die ihren Kampf nicht geführt haben, um es einem General Watter zu ermöglichen, auf neue die Arbeiterbewegung blutig niederzuschlagen. Die gewerkschaftlichen Organisationen und die Sozialdemokratische Partei müssen sofort mit äußerster Entschiedenheit die Regierung zwingen, die Forderungen der Arbeiter im Ruhrrevier zu erfüllen und die neue militärische Gefahr abzuwenden. Es ist keine Minute mehr zu verlieren, die Vertreter der Organisationen müssen handeln!

Daß die unabhängige Sozialdemokratie entschlossen ist, das Neueste aufzubringen, um den Brüdern im Ruhrrevier Hilfe zu bringen, ist ganz selbstverständlich. Sind die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in gleicher Weise bereit, die übernommenen Pflichten zu erfüllen, dann wird der General Watter das Spiel verlieren. Die Reichswehr soll und darf nicht gegen Arbeiter marschieren!

## Der Standpunkt der Regierung.

Wie uns mitgeteilt wird, besteht in Regierungskreisen die Auffassung, daß das Ultimatum nicht verlängert werden kann. Dagegen seien die militärischen Befehlshaber angewiesen, nichts zu tun ohne Einverständnis mit den Zivilkommissaren. Es sei dafür gesorgt, daß keine Ausschreitungen erfolgen. In Regierungskreisen rechnet man bestimmt damit, daß auch jetzt noch schließlich eine friedliche Beilegung erfolgen werde und von einem Einmarsch ins Ruhrgebiet abgesehen werden könne.

Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß wir diesen Erwartungen mit großer Skepsis gegenüberstehen.

## Die Transportarbeiter zur Cage.

Die Funktionäre des Deutschen Transportarbeiterverbandes der Ortsverwaltung Berlin nahmen gestern nach einem zweistündigen Bericht des Verbandsvorsitzenden Schumann über die gegenwärtige Lage folgende Entschlüsse an:

Die Funktionäre des Transportarbeiterverbandes verlangen sofortige Proklamierung des Generalstreiks, sobald die Arbeiter des Ruhrgebietes durch Reichstruppen angegriffen werden.

Das Ultimatum der Reichsregierung an die Arbeiter des Ruhrgebietes stellt einen Bruch der den Gewerkschaftsgruppen gegebenen Versprechungen dar.

Das Ultimatum der Reichsregierung ist ein Versuch, die Gewalt auch formell (verfassungsgemäß) den meuternden Militärs zu übergeben und die Arbeiterschaft des Ruhrreviers zu erdrücken.

Die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn fordern wir auf, alles zu tun, um weitere Truppentransporte und damit weiteren Arbeitermord zu verhindern.

Der Vorstand wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um den Generalstreik neu zu proklamieren und die Verrohung der Arbeiter betriebsweise durchzuführen.

## Die Strafverfolgung der Hochverräter.

Amtlich wird mitgeteilt:

Dem Antrag des Oberreichsanwalts entsprechend hat der zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts bestellte Reichsgerichtsrat Delschlaeger die Voruntersuchung gegen folgende Personen wegen Hochverrats (§ 81, Ziffer 2, §§ 82, 47 Strafgesetzbuch) eröffnet:

1. Generallandschaftsdirektor Rapp aus Königsberg,
2. Regierungspräsidenten a. D. v. Jagow, zuletzt in Berlin,
3. Major a. D. Babst, zuletzt in Berlin,
4. Oberst a. D. Bauer, zuletzt in Berlin,
5. Arzt und Volkswirt Dr. med. Schäfer aus Raumburg a. S.,
6. früheren Rechtsanwalt Broderick aus Berlin,
7. Unterstaatssekretär a. D. Freiherrn von Falkenhausen aus Berlin,
8. Geheimen Regierungsrat Dohé aus Berlin,
9. Admiral a. D. von Lebedow aus Kiel,
10. Major a. D. von Winterfeld aus Kiel,
11. Oberbürgermeister Lindemann aus Kiel,
12. Regierungspräsidenten z. D. Pauli aus Schleswig,
13. Landrat von Löw aus Kiel.

Die Angeklagten Freiherr von Falkenhausen, von Lebedow und Pauli befinden sich in Haft. Wegen die übrigen Angeklagten, die flüchtig geworden sind, hat der Untersuchungsrichter Haftbefehl und Steckbrief erlassen; die weiteste Verbreitung der Steckbriefe ist vorgesehen. Auch werden namhafte Geldbestimmungen für die Ergreifung der flüchtigen Angeklagten und sachdienliche Angaben über den Gegenstand der Untersuchung ausgesetzt.

Der I. Strafsenat des Reichsgerichts hat dem Antrage des Oberreichsanwalts entsprechend bis zur rechtskräftigen Beendigung des Strafverfahrens gegen die Angeklagten deren Vermögen mit Beschlagnahme belegt und die öffentliche Bekanntgabe des Beschlagnahmebeschlusses angeordnet.

Der Oberreichsanwalt hat die Genehmigung der Rationalisierung zur Strafverfolgung des Abg. Ligeniaten Traub nachgesucht.

Gegen die gegenwärtig noch der Militärgerichtsbarkeit unterliegenden Hochverräter schwebt ein besonderes Verfahren bei den Militärbehörden. Dieses Verfahren wird nach Verabschiedung des der Rationalisierung dazugehörigen

liegenden Gesetzentwurfes, betreffend die Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen aus dem März 1920, auf die bürgerlichen Gerichte übergeleitet werden. Damit wird eine einheitliche Beurteilung der mit dem hochverräterischen Unternehmen zusammenhängenden Straftaten durch die erkennenden Gerichte sichergestellt.

## Held Lüttwih.

Nach neueren Meldungen ist General v. Lüttwih tatsächlich flüchtig geworden und zunächst spurlos verschwunden. Nach dem Scheitern seines Putzschusses beabsichtigte der General, sich auf das Gut einer bekannten Familie, das in der Nähe von Angermünde gelegen ist, zu begeben. Der Weg dahin war ihm aber nach Norden zu durch bewaffnete Arbeiterabteilungen verlegt, er mußte sich schließlich über den Westen nach der Gegend von Ansermünde durchschlagen. Der Besitzer des Gutes Wörlsdorf, wo Lüttwih seine Zuflucht suchen wollte, lehnte es aber ab, mit dem Staatsfeind irgend etwas zu tun haben zu wollen, und so nahm der General gezwungenermaßen in der Försterei Klammloch in der Nähe des Städtchens Joachimsthal Zuflucht. Von hier aus teilte Lüttwih dem damaligen Reichsjustizminister Schiffer seinen Aufenthaltsort mit, worauf ihm unterzüglich der Schutzhaftbefehl zugestellt wurde. Dieser traf aber den General in der Försterei Klammloch nicht mehr an, die er anscheinend aus Furcht vor der bedrohlichen Nähe der Arbeiterschaft von Joachimsthal verlassen zu müssen glaubte. Es sieht fest, daß General v. Lüttwih sich dann nach Berlin zurückbegeben hat, aber nicht in seine Wohnung. Seit jenem Tage ist er von der Wildschär ver schwunden.

Gegen Lüttwih ist inzwischen ebenfalls ein Haftbefehl erlassen worden.

## Dürftiger Anfang.

Das Reichswehrministerium gibt folgende Personalveränderungen, die mit der Lüttwih-Anglegenheit in Verbindung stehen, bekannt: Es haben ihren Abschied erbeten oder sind ihrer Stelle entsetzt worden: Generalleutnant v. Storff, Generalleutnant v. Wermuth, die Generalmajore v. Groedel, Freiherr v. Dieffenbrock-Ruyter, a. b. Gerdt, Mackler, Lettow-Vorbeck und Hagenberg, die Obersten Hchr. v. Wangenheim, von Oden und Hchr. v. Ledebour-Hamburg, Oberleutnant v. Kleewitz, die Majore v. Riaslowitz und Hagemann. Die Frage, inwieweit diese Offiziere durch ihr Verhalten in den Märztagen belastet sind, wird eingehend geprüft werden.

Gegen General v. Lüttwih ist außer dem Schutzhaftbefehl des Generals v. Seede ein Haftbefehl seitens des zuständigen Militärgerichts erlassen worden.

Wir erinnern uns, daß durchgreifende Säuberungen in der Reichswehr schon öfter angekündigt waren, mit dem Erfolg, daß es dadurch nicht im geringsten besser wurde. Herr Noske versand das energische Durchgreifen nur nach links, und zu der neuen Regierung haben wir auch nicht mehr Vertrauen, daß sie in dieser Beziehung ganz und voll aufzuräumen werde.

In Wirklichkeit ist ja auch mit der Beseitigung einiger befandener konpromittierter Offiziere nichts getan. Wir wissen ganz genau, daß die anderen, die an ihre Stelle traten, ebensowenig voll des demokratischen oder republikanischen Gedankens sind, vom sozialistischen gar nicht zu reden, wie ihre Vorgänger. Nötig ist die völlige Beseitigung des alten militärischen Systems, die Schaffung einer Volkswehr, die sich aus den Kreisen der organisierten Arbeiter- und Beamtenenschaft zusammensetzt und durch demokratische Gliederung ihres organisatorischen Aufbaues in sich den absolutistischen, starkpreussischen Militarismus überwindet.

## Die Gewerkschaften und die Ministerernennung in Preußen.

### Ablehnung Desfers.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der Deutsche Beamtenbund haben heute vormittag zu der Bildung des preussischen Kabinetts folgende Stellung genommen:

Die Gewerkschaften erblicken in der Ablehnung der Vorschlagslisten mit Franz Krüger und Graf als Ministerpräsident ein Entgegenkommen an diejenigen parlamentarischen Kreise, die der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung ablehnen und gegenüberstehen. Lediglich im Hinblick auf die schwierige politische Lage wird darauf verzichtet, der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Kandidatenliste weiteren Widerstand entgegenzustellen.

Der Kandidat Desfer wird seitens der Gewerkschaften wegen seiner bisherigen Amtsführung und seines Verhaltens im Generalstreik abgelehnt.

Die Gewerkschaften legen voraus, daß sich alle Minister auf den Boden der getroffenen Vereinbarungen stellen.

Da die Demokraten erklären, daß sie an ihrem Desfer unter allen Umständen festhalten wollen, ist die Regierungsbildung in Preußen auf neue Schwierigkeiten gestoßen. Die Veramintung dafür trifft die Demokratische Partei, die offenbar beweisen will, wie verhasst ihr der erhöhte Einfluß der Arbeiterorganisationen ist. Um so notwendiger ist es, daß die Gewerkschaften fest bleiben.

## Die Militärs gegen die Gewerkschaftsforderungen.

Am 19. März begannen bekanntlich die Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einerseits und den Vertretern der Regierung und der drei Regierungsparteien andererseits, die mit der Annahme der acht Punkte endeten, auf Grund deren der Generalstreik abgedroht wurde. An demselben Tage, an dem die Vereinbarung zustande kam, erließ General v. Oden folgenden Fernspruch an die ihm unterstellten Formationen:

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der deutsche Beamtenbund erließen heute eine Kundgebung, worin das Ergebnis der mit den Vertretern der Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen bekannt gemacht und der Generalstreik mit dem 20. III. als beendet erklärt wird.

Die Kundgebung ist nicht amtlich. Die in derselben angeführten 8 Forderungen haben die Bekräftigung der Regierung noch nicht gefunden. Ich erwarte, daß die Truppe sich durch

diese Kundgebung nicht beirren läßt, sondern in diesem Moment höchster Gefahr in fester Zusammenhaft den Kampf gegen den Bolschewismus entschlossen durchführt.

ges. v. Oden.

Diese geheime Anweisung an die Truppen zeigt deutlich, daß die angeblich „regierungstreuen“ Militärs auch nach dem Mißerfolg des Rapp-Putzes die Politik der Stappisten fortsetzen und die Truppen durch lünerische Behauptungen gegen die Arbeiter aufheben. General v. Oden mußte wissen, daß die acht Punkte den Inhalt einer Vereinbarung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften ausmachten. Trotzdem lag er den Truppen vor, die acht Punkte hätten die Befestigung der Regierung nicht gefunden. Er brauchte diese Lüge, weil sie ihm die Bahn für militärische Aktionen gegen die Arbeiter und für den neuen antisowjetischen Rummel frei machte, hinter dem der Kampf gegen die Arbeiter sich verbirgt. Militärische Führer vom Schlage General v. Oden sind es auch heute, die die acht Punkte sabotieren und die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften in Stücke reißen.

## Die Arbeiterschaft gegen die Kuffenrazzia.

### Herr von Seede handelt auf eigene Faust.

Die staatsrechtlichen Verhaftungen von Ausländern, über die wir bereits ausführlich berichteten, haben die größte Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die Gewerkschaften haben gegen diese willkürliche Maßnahme scharfsten Einspruch erhoben. Diesem Einspruch hat sich der neue Staatsminister für die öffentliche Ordnung Weismann, ebenso wie die Reichsregierung angeschlossen. Dr. Weismann hat in einem Schreiben den Oberbefehlshaber von diesem Schritt der Gewerkschaften verständigt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit der Arbeiterschaft in der Beurteilung dieser Verhaftungen eins steht. Gestern nachmittag um 8 Uhr fanden im preussischen Staatsministerium Besprechungen in dieser Angelegenheit statt, an denen Staatskommissar Weismann als Generalzivilkommissar, Polizeipräsident Richter als Zivilkommissar, die zuständigen militärischen Stellen und Vertreter der Arbeiterverbände teilnahmen.

Ins rechte Licht gerückt, wird dieser famose Streich des Herrn Seede durch die Tatsache, daß die ganze Aktion ohne Genehmigung und ohne jedes Einverständnis der preussischen Zivilbehörden erfolgt ist. Herr v. Seede wollte jedenfalls durch diese Tat einen praktischen Beweis seiner Loyalität im „Berliner Tageblatt“ angepriesener demokratischen Anschauungen geben. Er hat jedenfalls dafür gesorgt, daß da, wo etwa wirklich Illusionen über seine Person herrschten, diese schnellstens zerfallen sind. Niemand wird sich darüber im Zweifel sein, daß wir es in Herrn v. Seede trotz der modernen Anstriche mit einem ebenso wackelhaften Militaristen zu tun haben, als es die eben davongejagten Militärs sind.

## Die Mörder Landauers.

Vor dem Kriegsgericht in Freiburg kam die Anklage gegen den Unteroffizier Digele wegen Tötung des Schwitzjägers Gustav Landauer im Gefängnis zu Verhandlung. Digele hat bei Verhandlung zur Verhandlung. Nachdem ein nachmittäglicher Soldat Landauer in den Kopf geschossen hatte, gab Digele auf Landauer einen Pistolenschuß ab. Der Angeklagte, ein Württemberger, der inzwischen bei den Baltischen Truppen zum Unteroffizier befördert wurde, berief sich darauf, daß er nur den Befehl eines Vorgesetzten ausgeführt habe. Das Gericht sprach ihn von der Anklage des Totschlages frei, weil er in dem Glauben sein konnte, nach Befehl zu handeln, und verurteilte ihn wegen Schlägers, begangen durch Verzeigung der Uhr des Toten, zu fünf Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Wir lassen diese Ungeheuerlichkeit ohne Kommentar wirken!

## Die Lage in Mitteldeutschland.

Nach Lage der „Zelunion“ herrscht in der Stadt Kassel, sowie in der gesamten Provinz Hessen-Nassau einschließlich Schmalkalden Ruhe. Überall wird gearbeitet.

In Thüringen wurde Freitag nach zwischen bewaffneten Arbeitern und den Truppen ein Abkommen getroffen, nach welchem die Waffen bis zum 27. d. M., mittags 12 Uhr, abgegeben und überall gefestigte Zustände wieder hergestellt werden sollen. Die Truppen verpflichten sich im Falle des Einhaltens des Abkommens, eine bestimmte Demarkationslinie nicht zu überschreiten. Bis jetzt wurde das Abkommen überall eingehalten. Es ist möglich, daß der Termin zur Waffenabgabe verlängert wird.

In Stadt und Bezirk Halle herrscht Ruhe. Im großen und ganzen wird überall gearbeitet. Nur Montag nachmittag sah die Arbeit ruhen wegen der Befehle der Spitze der Unruhen.

## Folgen des Rapp-Putzes.

In der „Täglichen Rundschau“ schreibt der bekannte landwirtschaftliche Sachverständige, Oekonomierat Franz Schiffertan, der selbst der deutschen Volkspartei angehört:

„Der durch Putz verurteilte Versuch der Verfassung, von dem die Deutsche Volkspartei überrascht worden ist und den sie scharf verurteilt, hat die schon vorher bedenkliche Lage der Volksernährung in eine noch schwierigeren Situation gebracht. Das von der Putzregierung in die Massen geworfene Wort von der lädenlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft hat in wenigen Tagen großes Unheil gestiftet. Das Stocken des Eisenbahnverkehrs und die dadurch herbeigeführte Verstopfung der Bahnhöfe hat die Möglichkeit der Ernährung der Großstädte in Frage gestellt...“

Die politischen Folgen des verurteilten Umsturzes sind noch lange nicht überwunden...“

Für dieses Verbrechen an der Volksernährung aber fragen die reaktionären Parteien volle Schuld. Denn ihre Forderung war die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft und ihnen hat es die Bevölkerung zu danken, wenn sie jetzt darunter zu leiden hat.

Entpolitisierung der Reichsblätter in Preußen. Das preussische Ministerium beabsichtigt die Reichsblätter zu entpolitisieren und die amtlichen Bekanntmachungen loszulösen von irgendwelchen politischen Wäutern. Die Form im einzelnen hierfür ist noch nicht gefunden.

Demobilisierung der rumänischen Arme. Die rumänische Regierung begann mit der vollkommenen Demobilisierung der rumänischen Arme.

# Die Regierung und die Parteien.

Der Reichspräsident hatte in seiner Antrittsrede neben so manchen anderen nicht minder wichtigen auch die Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaftsvereinigungen und den Parteiführern keine Erwähnung getan. Das war keine Bergschuld, das war Pflicht. Denn wie die Redner des Reichstags und der Demokratien in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ausdrücklich erklärten, denken sie gar nicht daran, den Gewerkschaftsorderungen Rechnung zu tragen. Und wie es immer in solchen Fällen gegangen ist, so geht es auch diesmal. Die Koalitionspolitik dient nicht dazu, die Entwicklung vorwärts zu treiben und die Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen, sondern sie trägt zu allererst und zu allermeist den Bedürfnissen des kapitalistischen Bürgertums Rechnung.

Was Herr Hermann Müller mit Rücksicht auf die Koalitionsgenossen unterließ, das mußte Karl Legien nachholen. Es erregte einige Ueberraschung, daß nicht, wie ursprünglich angekündigt worden war, Herr Weiskopf, sondern der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Redner der rechtssozialistischen Fraktion vorgeschickt wurde. Legien besand sich in seiner glücklichen Situation. Er mußte die gewerkschaftlichen Forderungen vertreten, die eine Vordrängung an die bisherige rechtssozialistische Politik bezeugen; er mußte aber auch zugleich dieselbe Politik seiner Partei verteidigen, die trotz allem, was seit dem 18. März geschehen ist, wieder in dem Koalitionssumpf gefangen ist. Er glaubte diesen inneren Widerspruch dadurch verschleiern zu können, daß er einen Bogenbogen zwischen den Erklärungen der Unabhängigen Partei angehörigen Gewerkschaftsvertreter und der Haltung unserer Partei selbst konstruierte. Er gibt dabei über die Tatsache hinweg, daß die Unabhängigen Gewerkschaftsführer mit ihrer Zustimmung zu den Gewerkschaftsforderungen weder der Regierung Bauer-Roske noch der Regierung Müller-Bauer ihr Vertrauen aussprechen wollten. Zwischen den Unabhängigen Gewerkschaftsführern und der Unabhängigen Sozialdemokratie herrscht volle Einmütigkeit darüber, daß die acht Forderungen der Gewerkschaften nur dem einen Ziele dienen können, den Weg zu öffnen für eine sozialistische Regierung.

Als Parteivertreter mußte Legien der Regierung seines Parteigenossen Müller das Vertrauen aussprechen. Als Gewerkschaftsvertreter war er gezwungen, dieser selben Regierung zu sagen, wie verhängnisvoll es wirken würde, wenn die Arbeiterklasse enttäuscht werden sollte. Um den bürgerlichen Parteien die Gewerkschaftsforderungen ein wenig schmählicher zu machen, meinte er, daß sie durchaus nicht im Gegensatz zur Reichsverfassung und zu den demokratischen Prinzipien stünden. In diesem Augenblick vergaß er wohl, was der ihm nahestehende „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ in der Darstellung der Ereignisse der jüngstvergangenen Tage ausgeführt hat. Dort wurde den „demokratischen Doktrinäern“ zugerufen, daß ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, eine Gefahr für das Staatswohl sei. Demokratische Regierungen und Volkserweiterungen können, wie der Rapp-Buch gezeugt hat, leicht verjagt werden; das einzige Bleibende aber, der Dösel aller faulerhaltenden Kräfte, sei das arbeitende Volk.

Als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie sprach in materialreicher Rede unser Genosse Henke. Es ist selbstverständlich, daß unsere Partei der neuen Regierung ebensowenig wie der alten Regierung ihr Vertrauen aussprechen kann. Henke fragte die Regierung, was ein Vertrauensvotum wert sei das von dieser Nationalversammlung ausgeführt werde. Die Massen des Volkes hätten schon längst das Vertrauen zur Koalitionspolitik verloren, und der Generalstreik war kein Vertrauensvotum für die Regierung, sondern er hat sich ganz eindeutig gegen die bisherige Regierungspolitik gerichtet. Herr Müller aber will diese Politik fortführen; und er verlangt, daß ihm das Volk Vertrauen entgegenbringe. Die Arbeiterklasse sehe immer deutlicher, welchen Weg sie zu gehen habe; den Weg des revolutionären Klassenkampfes, die Einigung zu wirklich sozialistischem Handeln. In diesem Zeichen werde die Arbeiterklasse stehen, nicht aber durch die Unterstützung der Koalitionspolitik und durch eine vertrauensvolle Hingabe an eine bürgerlich-rechtssozialistische Regierung.

Besonders eindringlich befahte sich Henke mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet. Das Ultimatum der Regierung nach Rheinland-Westfalen sei das denkbar ungeeignete Mittel gewesen, um demütigend auf die Lage zu wirken. Der Generalstreik, der von den Arbeitern aller Provinzen mit glühendem Haß verfolgt werde, sei vom allerwenigsten dazu berufen, um Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet herzustellen. Mit ruhiger Bestimmtheit, die hoffentlich auf die Regierung wirken wird, verlangte er, daß bis zum äußersten nach Verständigung gesorgt werde. Wenn die Regierung den Generalstreik vollmacht zur Niederschlagung der Arbeiterschaft erteile, so müsse das zur Katastrophe für das ganze Industriegebiet und damit zu einem unermesslichen Unglück für das ganze deutsche Volk führen.

Aus dem Getriebe des politischen Tageskampfes führte Henke die Hörer zum Schluß seiner Rede auf die Höhe wahrer sozialistischer und geschichtlicher Erkenntnis. Der Befreiungskampf der Arbeiter aus dem Joche des Kapitalismus könne zeitweilig aufgeschoben und zurückgeworfen werden, aber die Zeit sei nicht mehr fern, und sie müsse sich mit Notwendigkeit erfüllen, in der der Sozialismus in allen Ländern der Welt zum Siege gelangen wird.

Im Laufe der Debatte stellte sich der neue Reichswehrminister, Herr Geßler von den Demokraten, dem Hause vor. Er hütete sich, nach den Vorgängen der letzten Wochen in den anwachsenden und aufreizenden Ton zu verfallen, den man von Herrn Roske zu hören gewohnt war. Er beteuerte, daß er keine Aufgabe darin erblicke, das Militär wieder in die Kasernen zurückzuführen, für den demokratischen Ausbau der Reichswehr sorgen, die Aufklärung unter den Soldaten im republikanischen Sinne betreiben zu wollen. Solange der Belagerungsstand herrsche, sei die Wiederherstellung der Ordnung unmöglich. Der Belagerungsstand müsse so bald wie möglich beseitigt werden und die ruhige Lage bei der Arbeiterschaft gebe die Möglichkeit, dieses Vorhaben schnellstens auszuführen. Die Worte des Herrn Geßler haben wir gehört; nun harren wir seiner Taten!

Was aber erleben wir als erstes von ihm? Das Ultimatum an die rheinisch-westfälische Arbeiterschaft, die Umbildung der sozialen Regierung an den Militärbesitzhaber Walter. Das Herr Geßler zur Verteidigung dieses Ultimatum sagte, mußte bei den Deutschnationalen volle Zustimmung finden; die Arbeiterschaft dagegen und darüber hinaus das gesamte freibeitlich empfindende Bürgertum wird feststellen, daß die neue Regierung sich in ihren Handlungen von der bisherigen Regierung um nichts unterschiedet!

Wahrscheinlich war es, als Herr Geßler das hohe Verdienst seines Vorgängers sang. Er sprach von einem historischen Verdienst, das sich Roske nur erworben habe, und entschuldigend mochte er, daß Roske nur in seinem Vertrauen getäuscht worden sei. Später hat noch der Demokrat Haas den Dank seiner Partei für dessen segensreiche Tätigkeit ausgesprochen. Wenn die ganze Regierung hinter diesem Dankesgeschrei steht, so zeigt sie, wie gering ihr Verständnis von der Spitze des Volkes ist. Die Arbeiterschaft gedenkt der Tätigkeit Roskes nur mit einer Verwünschung und sie wird mit all denen noch gründlich abrechnen, die sich auch heute noch mit seiner Politik und seinem System einverstanden zu erklären den Mut finden.

Vertrauensvotum für das neue Kabinett. — Die Führer der drei Reichsparteien Löbe, v. Payer und Ermborn haben am Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ein Vertrauensvotum für das neue Kabinett beantragt, dessen Wortlaut folgender ist:

„Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung billigt die Erklärungen der Reichsregierung. — Die Nationalversammlung verurteilt den gegen Staatsordnung und Staatswohl, Verfassung und Nationalversammlung gerichteten verbrecherischen Aufbruch und die Anstifter und Helfershelfer des Staatsstreiches. — Die Nationalversammlung spricht allen Teilen des Volkes die durch gemeinsamen Widerstand die Verfassung geschützt haben, den Dank des Vaterlandes aus.“ — Der Antrag trägt die Unterschriften von 818 Abgeordneten.

## Der Absch'ed der Freunde.

Ebert an Roske.

Das Abschiedsgesuch Roskes hat der Reichspräsident Ebert mit folgendem Schreiben beantwortet:

„Mein lieber Freund! Mit tiefstem Bedauern habe ich Kenntnis genommen von Deinem Abschiedswunsch und Deinem unerwarteten Entschluß, aus dem Amte als Reichswehrminister zu scheiden. Ich muß daher Deine Bitte entsprechen und Dich von dem Amte des Reichswehrministers entbinden.“

„Mit herzlichem Bedauern sehe ich Dich aus einer Tätigkeit scheiden, die Du fast ununterbrochen Jahre lang unter den schwierigsten Verhältnissen ausgeübt hast und bewegten Herzens dankt ich Dir für die großen Dienste, die Du in dieser schweren Zeit unserem Vaterlande geleistet hast. Als noch dem so unglücklich geendeten, verhängnisvollen Kriege alles zusammenbrach, als die Grundfesten des Reiches erschütterten, daß Du — trotz harter Widerstände — die schwere Aufgabe übernommen, wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. In gleichwertiger harter Arbeit hast Du den Boden vorbereitet, auf dem das große Werk der neuen demokratischen Staatsordnung begonnen werden konnte. Doch dies in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, daß das Reich zusammenbrachte und bald wieder zur Ordnung und Arbeit kam, das ist in erster Linie Dein großes Verdienst, das ist Deine Tat, die in der Geschichte unseres Vaterlandes nicht vergessen werden wird.“

„Wenn durch verbrecherischen Anschlag eibtrüchtiger Offiziere der ruhige und sichere Aufstieg der Republik gefährdet werden konnte, so ist das nur ein Beweis für die Schwere unserer Aufgabe, die in keiner Republik ohne Kämpfe und Rückschläge gelungen ist.“

„Mit meinem aufrichtigen Dank für all das, was Du geleistet, verbinde ich die herzlichsten Wünsche für Dein künftiges Wohlergehen und Deine künftige Arbeit. Ich hoffe und wünsche, daß Deine vielseitigen Erfahrungen und Deine unverwundliche Arbeitskraft bald wieder im Dienste des Vaterlandes Verwendung finden.“

„Mit stiller Heiterkeit werden unsere Väter diesen Abschiedsbescheid Eberts an seinen Freund Roske aufnehmen. Heiterkeit wird insbesondere der Satz auslösen, daß Roske den Boden zum Aufbau des demokratischen Staatswesens vorbereitet hat. Daß der Herr Reichspräsident nicht wissen sollte, was jeder politisch denkende Mensch nach den Erfahrungen der letzten Wochen weiß, ist natürlich nicht anzunehmen. Um so begründbarer erscheint es, daß Herr Ebert dem politischen Embinden der breitesten Volksschichten ins Gesicht schlägt und aus dem Verderber des demokratischen Aufbaues einen Hero macht. Was Herr Ebert seinem Freund Roske zu sagen hat, interessiert die Öffentlichkeit nicht. Hat er aber das Bedürfnis, öffentlich über Roske zu urteilen, so soll er nicht die Wahrheit auf den Kopf stellen. Aber freilich: Ebert oder Roske, sie sind sich beide ähnlich wie ein Ei dem andern.“

## Der Friedenswille Sowjet-Rußlands.

„New York American“ veröffentlicht ein brasilianisches Friedensangebot von Sowjet-Rußland an die Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte:

1. Anerkennung der Sowjet-Republik Rußland; 2. Anerkennung des Rechtes, das Sowjet-System in Rußland weiter zu entwickeln; 3. Vereinfachung Sowjet-Rußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten; 5. Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen; 6. Auflösung der Roten Armee, sobald der Friede geschlossen ist; 7. Anerkennung der Schulden und Anleihen einschließlich der Zinsen der früheren russischen Regierung durch Sowjet-Rußland.

Die Sowjet-Regierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jedes Landes, sich eine eigene Regierungsart zu wählen, zu achten, und diesen Grundsatzt auch auf die russischen Mandatstaaten anzuwenden. Sowjet-Rußland beansprucht für sich das volle Recht.

Die Sowjet-Regierung erklärt: Wir suchen keine Allianz mit irgend einer Nation und wollen keine Nation angreifen. Wir suchen unseren Plätzen auf den Frieden. Wir suchen Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt. Wir lehnen es entschieden ab, irgend welche gegen die Willkür gerichteten politischen Verhandlungen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen. Wir wollen keinerlei militärische Abmachungen. Wir bitten alle

einen loyalen Frieden an, können jedoch nicht zugeben, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus zu verteidigen zu wollen, große russische Grenzgebiete einheimst.

## Königlicher Staatsstreich in Dänemark.

Rayen-Jensen, 29. März

Der König forderte heute nach einer längeren Versprechung mit dem Ministerpräsidenten Zahle über die nachschleswigische Politik der Regierung, daß diese ihr Abschiedsgesuch einreichte. Zahle lehnte dies ab. Darauf erzielte der König dem Ministerium Zahle den Abschied und beauftragte den Führer der Linken-Partei, Neergaard, mit der Bildung der neuen Regierung. Neergaard erklärte nach zweifelhafte Bedenkzeit sich auferstanden, den Auftrag auszuführen. Darauf hat der König die bisherige Regierung, die Geschäfte weiterzuführen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums, was von Zahle abgelehnt wurde. Die bisherigen Regierungsparteien, die sozialdemokratische und die radikal, sind, da der Reichstag sich bereits in den Osterferien befindet, für morgen telegraphisch nach Kopenhagen berufen.

„Sozialdemokraten“ veröffentlichte nachmittags ein Extrablatt, das unter der Überschrift „Der König verübt einen Staatsstreich“, gegen das Vorgehen des Königs Stellung nimmt. In dem Amalensborgplatz versammelten sich im Laufe des Nachmittags eine Menschenmenge. Die Ordnung wurde aber durch die Polizei aufrechterhalten. In sozialdemokratischen und radikalen Kreisen sieht man die Lage als sehr ernst an.

Frankzösische Gewerkschaftstagung. In Paris ist am Montag das Nationalkomitee des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) in Paris zu einer Tagung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht die Frage des 1. Mai, der Fastenabendtag, die Frage der Nationalisierung und die allgemeine wirtschaftliche Lage.

## Das Spiel geht weiter.

Wer denkt, daß die Hochverräter durch ihre Niederlage völlig erntunntig sind, ist auf dem Holzwege. Im Gegenteil, sie sind bereits wieder am Werke, den zweiten Schlag vorzubereiten, und wenn nicht auf dem schnellsten Wege die monarchistisch gestimmten Offiziere kalt gestellt werden, können wir uns in Kürze auf eine weitere konterrevolutionäre Erhebung gefaßt machen.

Die Forderung auf Entlassung dieser Offiziere trifft auch auf die Sicherheitswache zu, und wird selbst von den Mannschaften unterstützt, wie uns täglich neu eingehende Zuschriften beweisen. Lebhafte Klagen werden nach wie vor darüber geäußert, daß jetzt mehr denn je der militärische Drill einsetzt, wodurch dies dem Polizeipräsidenten verboten sein soll. „Das Leben und Treiben gleicht dem in einem Kettensystem“, schreibt uns ein langjähriger der Polizeiabteilung Charlottenburg. Die Seele in der 1. Hundertschaft ist der Oberleutnant Springer, der in der Polizeiwache befaßt, die Schreibstube mit Kofferbildern und Bildern zu schmücken und einem Mann 50 Mark schenke, damit dieser die schwarz-weiß-rote Fahne und die Kriegsfahne auf der Kasernen hänge. Dieser Herr befindet sich immer noch unbestraft auf seinem Posten.

Auch in der 2. Abteilung der Gruppe I (Waldkleeferstraße in der Chausseestraße) herrscht unter den Mannschaften über das Treiben der Offiziere lebhafter Annuhe. Nur unter den neu eingestellten jüngeren Mannschaften, die in Unwissenheit über diese politischen Zustände sind, haben die Offiziere noch ergebener Anhang. Die Aufklärung dieser Elemente durch die älteren ersten Leute wird durch geschickte Dienstverteilung seitens der Offiziere erschwert. Die vorgelommenen Verhandlungen von Selangenen in dieser Kasernen werden von den meisten Mannschaften verabscheut. Als der Hauptschuldige wird der Major Kerschmann bezeichnet, der ebenfalls heute, die nicht für Rapp-Büchlein eintraten, entlassen hat. Er läßt auch die Leute beschimpfen und bedient sich dabei hauptsächlich des Hauptwachmeister Beitz, der auf den Tag hofft, da Herr von Schönfeld wiederkehrt und den Sieg über die „Kanalle“ (die Weibsbilder) bringt. Unsere Ansichten in politischer Beziehung mögen vielleicht auseinandergehen, aber die gemeingeistlichen Subjekte an der Spitze müssen in Zukunft verschwinden“, schreibt der Einkender dieses Briefes. Darum ist zu sehen, daß nicht nur „radikale“ Elemente die Umwandlung der Sicherheitswache wollen.

Den Kapitalismus, besonders den Spartaismus und Bolschewismus malen ja jetzt wieder die reaktionären Herrschenden als Schreckgespenst an die Wand. Und auch die Soldaten werden damit graulich gemacht und fallen in ihrer Unwissenheit darauf hinein. Die Propaganda in dieser Hinsicht wird wieder mit dem üblichen Eifer betrieben. Aus Flugzeugen werden hunderte Tausende von Flugblättern herabgeworfen, worin man die schaurigsten Wärdien über spartaistische Untaten lesen kann. Das Flugzeug, das vor einigen Tagen auf dem Tempelhofer Felde abstürzte und der Berliner Sicherheitswehr gehörte, brach eine große Menge solcher Flugblätter an Bord. Das Flugblatt nennt sich „Nachrichtenblatt Offene Worte, Zeitung für die gesamte Reichswehr und für alle alten Soldaten“. In der Spitze des Wappes steht ein Aufruf: „Einwehner und Truppen! Stellt zusammen in erster Stunde! Jede Zersplitterung kommt nur dem Bolschewismus zugute. Verteilt den Truppen. Sie sind über und des Vaterlandes berufene Hüter. Nur Einheit macht Fort!“

Dann folgen die verschiedensten Meldungen und Keiseln, die den Schwindel vom herannahenden Bolschewismus verstärken sollen.

Wir verzichten darauf, diese Lügenfabrik im einzelnen zu würdigen. Wir wollen aber ebenfalls mit einem Aufruf schließen, und dieser soll lauten:

Einwohner und Truppen! Stellt zusammen in erster Stunde! Jede Zersplitterung kommt nur den Junkern und Kapitalisten, den Hochverrättern zugute. Denkt daran, wie oft ihr von diesen Leuten und von der Offizierskamarilla betrogen worden seid. Sie sind eure und des Landes Verderber! Ihr opfert für sie Gut und Blut, und sie müssen sich und treuen euch mit den Füßen. Tegt sie zum Teufel!

Soeben erschienen

die 10. Auflage:

Das Gesetz über Betriebsräte mit Wahlordnung und Anhang von S. Aufhäuser.

Preis 4.— Mark.

Organisationen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8—9

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne**  
7 Uhr: Nach Damaskus  
Neues Volkstheater  
Königsplatz 10  
7 Uhr: Hoffnung auf Segen

**Opernhaus**  
**Violetta.**  
Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus**  
**Der Marquis von Keith**  
Anfang 7 Uhr:

Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
A. U. D. Sendung Sornachs  
**Kammerspiele**  
7 U.: Gabriel Schüllings Facht  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlstraße  
7 Uhr: Hamlet  
(7. Abteilung, II. Abend.)

Direktion: Carl Reinhard - Prof. Derrauer  
**Königsplatz**  
**König Nicolo**  
Mittwoch: König Nicolo  
Donnerstag: König Nicolo

**Komödienhaus**  
7 Uhr: Der Herr  
**Minister**  
(Max Pallenberg)  
**Berliner Theater**  
7 Uhr: Der  
**letzte Walzer**  
(Friedl Haeberly, Otto Strom, Hans Wasthmann)

**Lessing - Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky  
7 Uhr: Wozzeck  
Die Fühlschwester  
Mittwoch: 7 Uhr: Wozzeck  
Die Fühlschwester  
Donnerstag: 7 Uhr: Pygmalion

**Deutsch-Künstl.-Theater**  
Abend: 7 Uhr  
(Adalbert Güte, Haack, Kon-  
schewski, Fischer, Morgan,  
Waltzer)

**Neues Operettenhaus**  
Direktion: Janus Kren  
Abend: 7 Uhr: Die kleine  
Mia Werber u. G. in  
**Die kleine**  
**Hoheit**

**Trianon-Theater**  
(Bismarck-Friedrichstraße)  
Tägliche  
58 Uhr: **FEMINA**  
Sonntag: 4 Uhr: Max und Werbe.  
Sonntag: 4 Uhr: Max und Werbe.

**Resistenz-Theater**  
(Gardinerstr. 10) (Tägliche)  
Tägliche 18 Uhr:  
**Die Raschhoffs**  
von Herrn. Sudermann.  
Sonntag: 4 Uhr: Die gute Rat.

**Walhalla-Theater**  
7 Uhr:  
**Die Csudafürstin.**

**Rose-Theater**  
7 Uhr: Der Fall Workmann

**Casino-Theater**  
Lützowstr. 27, Tägliche 7 1/2 Uhr  
Der neue Paganini  
**Ein alter Sünder**  
An allen Feiertagen  
2 Vorstellungen  
Mittwoch: Ein alter Sünder  
Sonntag: 3 Uhr: Opa! Moritz

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Abend: 7 1/2 Uhr  
Unüberwindliches  
Variété-Programm!

Tüftler am Kolosseum für  
Tel. Berlin 1614.  
Tel. 71 und Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
7 abend. Mittw. der  
Operette Sänger,  
512 Lützow-Str.  
Verr. 11-12, 4-8 1/2

**Circus Busch**  
Donnerstag, 6. März, 7 1/2 U.  
**Gr. Vorstellung**

**Königsstadt-Kasino**  
Alexanderstr. 21.  
Tel. Alexander 424.  
Salle und Varietätstheater  
in jeder Größe.

**Kräuze**  
Tag und Nacht lockender,  
anstrengend wirkender Haut-  
schutz, wird selbst in hart-  
näckigen Fällen durch Kräu-  
zenbehandlung beseitigt. Preis 7,50 M.  
Otto Keichel, Berlin 46,  
Dresdenerstr. 4.

**UFA THEATER**

Mozartsaal und U.T. Kurt-Georg-Damm 20

**Romeo und Julia im Schnee**  
Lebensepiel von Max Kräy  
und Ernst Lubitsch  
mit  
**Lotte Neumann**  
Regie: Ernst Lubitsch

**Leo und seine zwei Bräute**  
Ses Bendert / Sabine Impoloven / Siff Stelm  
Kammerlichtspiele

**Die letzten Kolczags**  
Schauspiel in 4 Akten  
mit  
**Ellen Richter**  
Hermann Vallentin / Victor Janson  
Regie: Alfred Halm

**Leo und seine zwei Bräute**  
K. B. Lustspiel  
U.T. Kollendorfplatz 4

**Der Amönenhof**  
Lebensepiel nach dem gleichnamigen Roman von  
Gräfin von Adersfeld-Ballestrem  
mit  
**MIA MAY**  
Regie: Uwe Jann-Krafft

U.T. Alexanderplatz und Weinbergweg 15

**Maria Magdalene**  
nach Friedrich Heibel  
U.T. Friedrichstraße 120

**Die Jagd nach dem Glück**  
Ein symbolisches Filmchauspiel  
in 6 Akten  
U.T. Schönhafer

**Boccacios Liebesabenteuer**  
Ein gelehrter Trauerspiel in 4 Akten  
mit **Ica v. Lenkffy**  
der ungarischen Tragödie  
U.T. Hasenheide 26

**Die Marchese d'Armani**  
mit **Pola Negri**  
Regie: Alfred Halm  
**Hundemädchen**  
mit **Ossi Oswalda**  
Regie: Rudolf Eberbach

Wochenabende 7 Uhr / Sonntag: Beginn 4 Uhr

Schuh für den Fuß von  
**Stiefelkönig**

25 Jahre

**Stauend billige Oster-Offerte**  
für fertige  
**Herren - Anzüge**  
solange Vorrat reicht.  
Serie I Mark **412.50**  
Serie II Mark **455.-**  
Verkauf gegen sofortige Kasse

**Damen-Kleidung**  
vom Einfachsten bis z. Elegantesten  
sehr preiswert in größter Auswahl

**B. FEDER**  
**Brunnenstraße 1**  
direkt am Rosenthaler Platz.

Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für  
**KUPFER, MESSING**  
**Blei, Zink**  
Gold-, Silber-Medaillen  
und andere Metalle sowie  
alte Gebisse  
2 Ankaufsstellen  
**Gotthelm, Mariannenstr. 12**  
und **Schmidstr. 17a** gegenüber Schäferstraße  
Mitglied des Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlins.

**Kupfer :: Messing**  
**Quecksilber**  
**Blei :: Zink**  
zum höchsten Tagespreis  
**Schulzendorfer Str. 2.**

**Metallankaufsstelle Osten**  
Neudammstr. 33. - vis-à-vis der Markthalle -  
zahlt die höchsten Tagespreise für  
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

**TRAURINGE**  
DUKATENGOLD 900  
14 kar. Gold 885 gestempelt, 8 kar. Gold  
in allen Preislagen.  
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE  
Goldwaren-Fabrik  
**Weinstock G. m. b. H.**  
Centrale:  
**BERLIN, Mohrenstrasse 16**  
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße  
Alexanderstraße 14, nahe Jannowbrücke,  
Kottbuser Damm 24,  
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5 und  
Schöneberg, Grenzwaldstraße 19.  
Achtung! Kein Laden.  
Geöffnet von 9-1 und 2-4

Wer für Altmetalle den höchsten Preis  
erzielen will, gehe zum Metalleinkauf  
**Dresdener Straße 11.**

**Platin, Brillanten,**  
**Gold- u. Silberbruch**  
kauft zu höchsten Preisen  
**C. Käferle, Frankfurter Allee 277, I.**  
Sonntags bis 4 Uhr nachmittags.

**Briefmarken, Münzen**  
kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Norden 106 21.

**Kupfer**  
**Messing**  
**Zinn**  
**Sämtl. Metalle**  
**Quecksilber**  
**Platin**  
**Gold-, Silber-Abfälle**  
**Zahngebisse**  
kauft zu riesig  
**hohen Preisen**  
in unseren  
**6 Einkaufsstellen**  
**Metall-Zentrale**  
**1. Brunnenstr. 11**  
am Rosenthaler Platz  
**2. Fennstraße 48**  
am Weddingplatz  
**3. Beusselstr. 29**  
nahe der Turmstraße  
**4. Bahnhofstr. 2**  
Ecke Schönberger Str.  
am Anhalter Bahnhof  
**5. Neukölln**  
Kais.-Friedr.-Str. 229  
nahe Hermannplatz  
**6. Weidenweg 72**  
am Hiltzplatz.

**Achten**  
nur No. 25.  
**Alt-Metalle**  
zählt noch immer die höchst  
Tagespreise für Kupfer, Mes-  
sing, Blei, Zink, Zinn, Alumi-  
nium, Quecksilber usw. die  
Metall-Einkaufsstelle  
Lothring Str. nur No. 25  
(Eingang Anzelminder Str.)  
**Achten**  
nur  
No. 25.

**Zahle für**  
**Kupfer**  
**Messing**  
**Blei**  
**Zinn**  
**Zink**  
die höchsten Tagespreise  
**Metallschmelze**  
Admiralstrasse 3 und 18a  
am Kottbuser Tor.  
Mitglied des Vereins der  
Altmetallhändler  
Groß-Berlins.

**Blei! Zinn!**  
**Weißmetalle!**  
alle Leisnerwerke, leeren  
Kupfer! Rotgült! Man-  
gang! Aluminium!  
Nickel! etc. Quecksil-  
ber! Platin! Gold!  
Silber! Zahngebisse  
etc. zu höchsten Tages-  
preisen kauft  
**Edelmetall-**  
**Einkaufsbüro**  
**Weberstraße 31**  
Alex. 4745.

**ALTMETALL**  
Kupfer, Messing,  
Aluminium, Blei, Zinn, Eisen  
kauft zu den  
**höchsten**  
**Tagespreisen**  
Schlosserei  
**NIEMANN,**  
Stalldammstr. 35,  
Hilf. Keller, Am Moritzpl.  
Anl. Hausnummer achten.

**Kupfer, Messing**  
**Blei**  
**Zinn**  
**Zink**  
**Eisen**  
Zahle die  
höchsten  
Tagespreise.

**Fuchs & Wild**  
Katzlerstraße 10  
(am Hauptbahnhof)

**Zahngebisse!**  
Goldbruch, Silberbruch,  
**Platin**  
Selbstverarbeitete Silber,  
Quecksilber, seltene  
Metalle kauft höchst-  
zählend  
**Silberschmelze**  
Christiant,  
Köpenicker Str. 20a  
(nebst Mantelkellerstr.)

**Kaufe**  
**höchstzahlend**  
Kabel, Litzen, Motore,  
Leitungsdrähte, Schreib-  
maschinen, sowie sämtl.  
Inventargegenstände,  
Elektro-Verkerk, Neukölln  
Kottbuser Damm 56, Eing.  
Schlesische Str. Tel. Npl. 8157.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todesanzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege  
der Dreher  
**Paul Gehrman**  
Borsigwalde, am 26. d. Mts., gestorben ist. Die Be-  
erdigung findet am Dienstag, den 30. d. Mts., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes  
in Borsigwalde aus statt.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen  
gestorben sind:  
Der Schlosser  
**Erich Gburek**  
Ober-Schöneweide, am 13. d. Mts.  
Der Dreher  
**Wilhelm Witzke**  
Tegel, am 17. d. Mts.  
Der Dreher  
**Richard Behrend**  
Pankow, Schmidstraße 1, am 28. d. Mts.  
Der Schlosser  
**Christoph Schütte**  
Frankfurter Allee 33, am 25. d. Mts.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**U. S. P. D.**  
**Sterbefall!**  
Der Tod entriß uns folgende Genossen und Ge-  
nosinnen:  
10. Distrikt: Genosse **Josef Streltzki**, Möbel-  
polier, Rickerstr. 8.  
10. Distrikt: Genossin **Emilie Reiss**, geb. Gruhl,  
2. Abt. (406. Bez.) Fehrbelliner Str. 29 II.  
13. Distrikt: Genossin **Gertrud Fischer**, Dase-  
straße 19.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch,  
den 31. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im  
Krematorium Gerichtstraße statt.

**K \* V \* G**  
Am Mittwoch, 31. ds. Mts.  
bleiben unsere Verkaufsräume  
wegen Inventur geschlossen.  
**Kleider-Verwertungs-Gesellschaft**  
Berlin SW19, Kommandantenstr. 30/31

**Zähne v. 4 an** Teilzahlung. Plomben 1.33. Gold-  
kronen 15 M. Zahnstehen mit Klapp-, Schmelz-  
schweiß-, Umarb. schlechte Gebisse, Re-  
Zahnerst. W o 11 aof, Potsdamer Str. 58. Hochb. Spreche. 9-3

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-,  
Frauenleiden, speziell veraltet  
härtnackige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uri-  
n- und Blutanalysen, etc. = Separat. Damenzimmer.  
Erste und älteste Heil-Anstalt **Löser**  
**Dir.: Löser senior, Dr. Skottli**  
Rosenthaler Straße 69-70, 7-1, 4-5, Sonntags 9-1.

**Spezial-Arzt**  
für alle Geschlechtskrankheiten,  
Harn-, Frauenleiden, Blutanalysen, Salvarsan-Kur,  
Behandlung schnell, sicher, ohne Herabsetzung. Mäßige Preise.  
**Dr. med. Lommer**, Sprechstunden 10-12, 4-7 1/2, S. 16-17  
**Brunnenstr. 185. (Rosenth. Platz.)**

**Spezialbehandlung**  
für Haut- und Geschlechtsleiden  
**C. Weissert**, Invalidenstr. 147  
I. Etage, Ecke Bergstraße  
Kostenlose Untersuchung und Beratung über  
sachgemäße Behandlung  
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12

**Spezial-Behandlung**  
v. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltet-  
härtnackige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren,  
Uri- und Blutanalysen, Licht- und Pflanz-Belebung,  
Elektr. Durchleuchtung, Besatz von Oestrone-Wasser  
glomer für Damen und Herren. Aerallische Heilanstalt  
**Löser, Münzstr. 9**, 7-1, 4-5, Sonntags 9-1

**Zeitungspapier**  
gebündelt, Kw Mk. 1.60  
**Sämtl. Sorten Altpapier**  
wie Kontobücher, Skripturen, Pappe, Packpapier usw.  
**Fritz Seydlitz, Neukölln, Hermann-**  
Platz 4.  
Bei größerem Posten freie Abholung.

**K. Welsand**  
Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 115  
zählt die höchsten Preise für alle Sorten  
**Metalle und Altsisen.**

Zahle die höchsten Tagespreise für  
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Eisen usw.  
**Metallankauf Norden,**  
Driesener Str. 24 Ecke Schivelbeiner Str.

**Lumpenfabrik S. Scheffel**  
kauft Seidensack für jede Art Wolllumpen Expres-  
preise.  
Kilo 8 bis 75 Mark  
Kl. Markusstr. 7, Königst. 6237.

**Artus-Hof** Perleberger Str. 26  
Direktion: Carl Reich  
Dienstag bis Donnerstag:  
**HILDE WÖRNER**  
Persönliches Auftreten auf der Bühne  
und Uraufführung ihres  
neuen Sakligen Dramas  
**„Intermezzo“**  
Gesangs-Ensemble: „Ich suche das Glück“  
Gesungen von Lou Andre.  
Dank: **Olly geht bummeln.**  
Freitag: Herrin der Welt & Teil.  
**MIA MAY** in „Die Rache der Maud Ferguson.“

**BLÜTHNERSAAL**  
Kartfreitag, 2. April, nachmittags 3 Uhr  
**Der Isenheimer Altar**  
des **Matthias Grünewald**  
Vortrag mit Lichtbildern  
**Georg Kempff**  
Valentin Ludwig (Fener), Georg Kempff (Orgel)  
Karten: Bein & Beck, Wertheim, Nachmittagskonzert

Handelsgerichtlich eingetragen  
Fest gebündeltes  
**Zeitungspapier**  
ohne Ausnahme kg 1,65 M.,  
kauft  
**Willi Seydlitz**  
Kaufgeschäfte: Berlin 30. 33, Currystr. 38,  
50. Pücklerstr. 33,  
N. Schönhauser Allee 151,  
50. Wrangelstr. 72.  
Post- und Bahnsendungen werden  
prompt erledigt.  
Handelsgerichtlich eingetragen

**Nur kein Neid!**  
**Kupfer □ Messing**  
**Reinzinn □ Blei**  
Alt-Ziengeschirre / Bierschlangen  
Quecksilber  
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen  
**Metallschmelze „Prinzessinnenstr. 17“**  
siehe Wertheim (Moritzplatz)  
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

# Die Debatte über das Regierungsprogramm.

## Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom Montag, den 29. März.  
(Fortsetzung aus der gestrigen Abendausgabe.)

In seiner Polemik gegen die Reichsparteien führte der Reichstagslerger im einzelnen aus:

Ein deutschnationales Volk macht den lächerlichen Versuch uns einzureden, das Verlangen nach strengster Sühne sei weder sachlich noch menschlich begründet, noch klug. Wenn dort behauptet wird, die Rechte hätte im November 1918 aus Mangel an Mut keinen Widerstand geleistet und habe daher jetzt das Verlangen, sich Genugtuung zu verschaffen, so ist das eine unerbittliche Herausforderung. (Sehr richtig!) Bei der Mehrheit — (kurze Pause.) Die Mehrheit des alten Regimes und mit ihnen die Kreise und Organe der Kriegshörer und des Annexionswahns haben im November 1918 jede Position kampflos aufgegeben, aber jetzt scheint man auf der rechten Seite nichts mehr wissen zu wollen von dem Katell, den man an diesem Verbrechen hat, jetzt behauptet man sogar, die Regierung trage die Schuld an dem Putsch der Eidesbrücker. (Unruhe rechts.) Die Stunde ist gekommen, um nachzuweisen, wie weit die Schuld auf der rechten Seite gewesen ist. (Kurze Pause.) Denn man los! Wenige Stunden nach dem Staatsstreich versagte die parteiamtliche Stellungnahme der Deutschen Volksparlei und der Deutschnationalen. In keiner Hand auch nur ein Wort der Verurteilung des Putsches, (hört, hört!) in keiner auch nur eine Andeutung, daß hier die Verfassung und der Parlamentarismus von einer Söldnerhölle in Stücke gehauen war. (Unruhe rechts.) Dabei spielen diese Kreise sich als Verteidiger der Verfassung und der Volkstreu auf. In beiden Rundgebungen wird der Mehrheit Verfassungsbruch vorgeworfen, weil sie die Wahl des Reichspräsidenten ändern wollte. Keine amtliche oder parteiamtliche Rundgebung liegt vor, nach der die Wahl des Präsidenten in der Verfassung geändert werden sollte. (Abg. Schiele (Deutschnat.)) Versuchen Sie sich doch nicht hinter amtlichen Strafen! Selbst die Strafen bei der Mehrheit! Das Volk wird richten zwischen Ihnen und uns. (Unruhe rechts.) Es wird gegen diese Handvoll Hochverräter entscheiden, die gestiftet auf maritande Truppen, jedes Gewissensbedenken beiseite-gelassen haben. Dagegen hat das ganze Volk schon in allen seinen Schichten durch den Generalstreik seine Stimme erhoben. Sie wollen die Wahlen? Sie haben heute schon das Wahlergebnis, das mit Blumengeldern an die Land geschrieben steht: „Gewogen und zu leicht befunden!“ (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

### Der Generalstreik

hat nachgewiesen, daß die Regierung des Volk nicht durch irgendwelche Maßnahmen gegen sich aufgebracht hat. Wo war denn das Volk des Rapp-Regiments, wo waren denn die Rappen, die ihm begehrten zuzustimmen? Und ein gewisser Beweis der Minderheit der Rechten, vor allem deutschnationaler Kreise: Im offenen Parteienstreik kein Wort der Verurteilung des Hochverrats und jetzt nachträglich begehrte Anerkennung der Hochverräter in der „Kreuzzeitung“: „Einschloßene Männer durchgibt von heiliger Vaterlandsliebe!“ (Hört, hört!) Einzelne ihrer Anhänger haben sich sogar offen den Putschern zur Verfügung gestellt: Freiserr v. Wangenheim, Herr Schiele, Herr Traub. (Unruhe rechts: Alles gelogen!) Rapp hat den Freiserr v. Wangenheim zum preuhischen Landwirtschaftsminister gemacht, in einem seiner Erlasse vom 16. März schreibt er: „Ich habe die Leitung des Ministeriums für Landwirtschaft und Domänen dem Freiserrn von Wangenheim übertragen.“ (Widerspruch rechts.) Wollen Sie den Putz haben, Freiserr v. Wangenheim von Ihren Nachschöhen abzuschießen? Bis der Zusammenbruch deutlich zu erkennen war, begab sich die Parteileitung der Deutschnationalen wieder auf den Boden der Verfassung zurück, ebenso die Deutsche Volkspartei, diese aber im Gegensatz zu den Deutschnationalen unter entschiedener Verurteilung jedes gegen die Verfassung gerichteten Staatsstreichs. In beiden Parteien haben sich allerdings führende

Männer mit Entschiedenheit gegen einen Putsch geäußert, trotzdem haben sie aber vor und nach dem 18. März nichts getan, um das namenlose Unheil aufzuhalten. (Unruhe rechts, Rufo: Wonnig!) Bis heute haben die Deutschnationalen noch kein verurteilendes Wort gesprochen.

alle Hochverräter stammen aus Ihren Reihen,

ihre Presse verherrlicht die Putschisten und will sie der Strafe entziehen. (Abg. Schiele (Deutschnat.)) Ihre Propagandagenerationen haben sich Rapp zur Verfügung gestellt. Der Bund der Landwirte Schlotz-wig-Balser hat der neuen Regierung sein volles Vertrauen ausgesprochen, der Deutschnationale Landbesitzerbund Mittel-schlesiens begrüßt es, daß der Putsch Erfolg hatte.

Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes liegt die Rapp-Verbrecher an, daß sie für Deutschland den Krieg zum zweiten Mal verloren haben. (Stürmischer Beifall.) Es ist eine Lüge, daß die alte Regierung durch heftigst-werdende Feindlungen des Volk gegen sich aufgebracht habe. Wo war denn das Volk in der Umgebung des Herrn Rapp? (Sehr gut!) Das war nicht das Volk, sondern es waren nur Hochver-räter und irregeleitete Militär. (Kurze Pause.) Summe noch wird von der Rechten mit den angeblichen harmlosen Forderungen gearbeitet, die die Putschisten aufgestellt haben: Neuwahlen, Präsidialwahl durch das Volk, Fachminister. (Kurze Pause.) Und Bekämpfung der Korruption! Reden Sie doch nicht immer von Bekämpfung der Korruption, Sie, der Sie einen Verbre-cher herangestellt haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Den Putschisten ist es freilich nicht an Fachminister angekommen. Die letzten Forderungen des Generals Lüttich, die im nationalpolitischen Komitee aufgestellt worden sind, waren nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung des Militärs, Nichterfüllung des Friedensvertrages und Revanchefest.

Auch diese Parole ist aus Ihrer (zu den Deutschnationalen) Gedankenwelt oder besser Ihrer Gedankenlosigkeit hervor-gegangen. (Unruhe rechts, lebhafter Zustimmung bei der Mehr-heit.) Deshalb konnte drei Tage hindurch

### die Kriegsflogger,

Ihr Symbol über Berlin wehen. Wir haben Ihnen das Schwert aus der Hand geschlagen. Der Generalkreis hat Sie bereits als die Schuldigen verurteilt. (Lebhafter Zustimmung.) Bei den Wahlen wird Ihnen die endgültige Antwort erteilt werden, von der Ihnen kein Zurück gelassen werden wird. (Lebhafter Beifall.) Das deutsche Volk wird unter dem Ber-schauer noch lange zu leiden haben. Noch ist nicht das ganze Land beruhigt. Der Anarchismus ist in den rheinisch-westfälischen Gebieten die Anarchie von links gefolgt. Die Sehnsucht nach Rüdkehr der verfassungsmäßigen Zustände wächst aber in den genannten Gebieten, wie uns Männer aller Parteien zur Kenntnis gebracht haben, von Tag zu Tag. In jenen Gebieten sind Waffen in die Hände von Leuten gekommen, für die keine Partei dieses Hauses verantwortlich gemacht werden kann. In friedliche Bürokräten sind Bewaffnete eingedrungen, Räuberbanden erschaffen mit vor-geschobenem Revolver von häßlichen Kassen Gelder für ihre Zwecke, die Proviantlager werden geplündert, die ländliche Bevölkerung wird ihrer Nahrungsmittel beraubt, angeblich zur „gerechten Verteilung“; gegen Wesel, wo verfassungstreue Truppen aufgestellt worden sind, wird ein Angriff gerichtet, und das sechs Tage nach dem Zusammen-bruch der Rapp-Hochverräter. (Bewegung.) Die Anarchie von links wird mit demselben Maße gemessen werden müssen, wie die von rechts. (Lebhafter Zu-stimmung.) Für ihre Redewendung sind die erforderlichen Maßregeln getroffen. Hoffen wir in letzter Stunde, daß unser säkulargeprägtes Volk nicht vor neuen Opfern steht. Wir haben Grund, in dieser Zeit nicht die Hände in den Schoß zu legen. Manngafte Gefahren bedrohen uns. Es gilt, alle Vorkriegs- und alle Nachkriegsgefahren zurückzustellen; wir kommen nur durch, wenn alle demokratisch Denkenden zusammenstehen. Anders ist es uns nicht möglich, die katastrophalen Folgen des verbrecheri-schen Putschspiels zu beseitigen, dann würde sogar die einzige gute Wirkung des Putsches ausgeblieben sein, dem Volke die Augen zu öffnen. Das Ausland ist heute überzeugt, daß das

Deutschnationale Bundesrats und Lüttichens endgültig abgetretet hat. (Stürmische Zustimmung.) Der Sieg der Demo-kratie wird jenseits der Grenzgebiete hoch und günstig bewertet. (Beifall.) Mit dem Bolschewismus lassen wir uns nicht erschrecken. Wir lehnen ihn ab und werden ihn bekämpfen. Wie zweifeln können Augenblick, daß das Volk auf unsere Anträge gegen die Hochverräter um Rapp ein gerechtes Urteil fällen wird. (An-haltender Beifall bei der Mehrheit.)

Darauf wird die Aussprache über die Regierungserklärung bis nach Erledigung der übrigen Teile der Tagesordnung auf-gesetzt.

Nach einer Pause wird nachmittags 1 Uhr das Gesetz über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts, der dritte Nachtragsetat, sowie der Entwurf eines Besol-bungsgesetzes ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß über-wiesen.

Der Staatsvertrag über den Übergang der Staats-eisenbahnen auf das Reich geht an einen besonderen Aus-schuß von 25 Mitgliedern. Die Vorlage über die Bekämpfung der Reichsbank für das Jahr 1919 wird ohne Erörterung in allen drei Lesungen angenommen.

Das Reichsausgleichsgesetz wird einem Ausschuß über-wiesen.

Das deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen wird ohne Erörterung angenommen.

Das Gesetz über die Aburteilung der Hochverrä-terischen Unternehmen aus dem März 1920 geht an den Verfassungsausschuß. Die Vorlage über das Enteignungs-recht von Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung von Mahnbefristungen geht an den Wohnungsausschuß.

Darauf wird die Sitzung bis 1 Uhr vertagt. In der zweiten Sitzung folgt die

### Aussprache über das Regierungsprogramm.

Abg. Holz (Zr.): Das deutsche Volk geht einen bitteren Leidensweg. Unser Ziel kann nur sein, die Erhaltung des Reiches und die Förderung unseres Wirtschaftslebens. Dazu brauchen wir eine Politik der Sammlung, die von den einzelnen Parteien verlangt. Das Unternehmen Rapp war eine Kampfansage gegen die Demokratie; eine übermütige ausgeschaltete Klasse wollte wieder an die Macht kommen. Das einzige politische Mittel, über das Rapp-Lüttich verfügte, war das Maschinengewehr und die Kanone. Dagegen aber hat der Generalkreis als die modernere Waffe erwiesen. (Sehr richtig bei der Mehrheit.) Freilich darf man ein solches Mittel nur in einem wirklichen Notfall, wie er eben vorliegt, anwenden. Schutz der Verfassung nach rechts und links muß die Basis sein. Aber, Herr Reichsminister, nicht nur nach rechts, sondern auch nach links gestellt. Die ausschließliche Bewaffnung der Arbeiter, wie sie die Radikalen verlangen, lehnen wir ab. Redensarten verlangen wir strenge Bekämpfung nach den Gesetzen, mit Strafbestrafungen und Amnestien muß endlich Schluss gemacht werden. (Lebhafter sehr richtig!)

### Abg. Hente (L. Soz.):

Kasse hat gemeint, die Unabhängigen würden ent-fährlich sein. Nicht im Hinblick, sondern im Helm werde er-müßigten. Grobprocherei bis zum Ende. Seine Forderung das diese Grobprocherei allerdings unterschützt, indem sie ihm auf-neue ein Verurteilungsvotum ausstellt. Herr Kasse ist ein La-miszialdemokrat. Seine eigenen Parteiforderungen verlangen zum Teil, daß er vor einen Staatsgerichtshof gestellt werde. Wir haben keinen Grund, ihnen zu widersprechen. Kasse, Heilmann, Winnig gehören in denselben Korb. (Sehr richtig bei den L. S.) Die Generalkreisbürokratie hat ihre Haltung geändert. (Kurze Pause.) Herr Weis, ich möchte gern wissen, warum Sie nicht Reichswehrminister geworden sind. (Heiterkeit.) Die Generalkreisführer haben am deutlichsten die Stimmung der Masse empfunden können. Keine Parteifreunde werden mit ihnen gehen, soweit sie bemüht sind, den Willen der Masse zur Ausführung zu bringen. Die Versicherungen der alten Regierung, die Hochverräter zu pöden und der Bekämpfung

## Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

„Vor nit, sag' ich dir! Du denkst nit, wie stolz die Allweie sein, der Alte wie der Junge. Sein Dirm' im Ort, so viel wir ihrer auch sein, halt' der Toni auch nur des Donk's für's Grüßen wert.“

„Das g'schieht nur denen recht, die ihn amwed'n.“ tief Selen'. „ich grüß ihn nit!“

„Und wenn er sich ja unterständ“, fuhr Sepherl fort, „auf unser eine ein Aug' z'werfen, sein Vater schling' ihm Allweie aus'm Kopf.“

„G'fäß ihm so wegen mir. — Gott verzeih' mir d' Sünd', — aber ich k'nnat's zufrieden sein, dann müßt's der Alte troh'm Sternsteinhof billiger geben, und um den nähm' ich auch 'n blinden Toni.“

„Wußt, wie du auch nur so grauslich daherreden magst, wo du doch schon für dein' Teil ein' Bub'n hast, auf den d' stolz sein konnt! Der Toni vom Sternsteinhof, wie reich er is, stellt kein Tag nix vor als ein' Bauern, geg'n den is wohl der Alcebinder Muderl ein ganz anderer. Dazu is der hochmütige Sternsteinhof — wann d' ihn dir je von der Näh' betrach' hast, müßt mir recht geben — weitaus nit der Schönste und Stärkste, und er kann doch wahrlich nit, wie der Muderl, was ihm an Kräftigkeit und Fähigkeiten fehlt, ausgleichen durch sein' Künstlichkeit und sein' Brab-heit und sein' Gutheit.“

„Schau, was du all's über ihn weißt.“ lachte Selon', „schier werd' ich mit dir eifersüchtig, es hat völig 'n An-schein, als ob d' in mein' Muderl verliebt wärs.“

Sepherl wandte ihr erdöndes Gesicht ab. „Geh' zu, sei nit lärlig.“

„Bräuchst ja nit rot z' werden, wenn es nit wahr ist.“ machte Selene. Es machte ihr Spaß, da sie sich den unbe-streitbaren Besitz der Bürden von Sepherl geneidet dachte, diese durch lose Reden zu ärgern. Sie schlug ihr dert auf die Knie. „Na, trug' nit! Wenn dir gar so um ihn is, k'nnst ihn ja haben. Gib mir ein gut Wort, so laß' ich'n dir.“

„Gott du auch nur ein' Daut von mir g'hört, der dir das Recht gibt, ein' solche Red' wider mich z' führ'n!“ zürnte

Sepherl. „Daß der Muderl kein' andere will, wie dich, und selbst wenn er eine möcht' tüt, mich schon af d' Aller-lehrt, das weißt, und weil du's weißt, so laß' dir auch sagen, daß dich solch' un'hann' Schwächen nur selber verneehrt und ich mich für dein' G'wütt noch allweil 'g'ut halt'!“

„Bist du aber empfindlich.“ sagte Selene, über die Lippen noch ihr blidend. „Wann der Bub' wein is, so werd' ich mir doch über das Meine ein' Spoh' erlauben dürfen? Und jog' ich iherweis, ich tät dir 'n gönnen, so darf das doch dich nit beseidigen, die 'n für so ein' Ausbund halt'! Das im G'was, im Ernst aber — is er, wie er is, ich bin auch, wie ich bin — vermöcht' ihn ein' andere nit an' Heis' Fing' z' fassen, k'nnst mir glauben, daß ich 'n ihr schon nit mehr streitig machet!“

Ja, so durfte die Zinshofer Selon' wohl reden. Sepherl nickte zustimmend. „Wär' auch ein' Einsall, sich mit dir z' messen, der Muderl tät dasa nur lachen. Aber schau, da is er und steht noch allweil geduldsam auf der Bruden.“

Er stand wirklich noch da. Die Wasser war, während er hier wartete, den Bach hinabgestossen, und er fragte sich, wie viel wohl noch da unter der Brücke werde hinweglaufen müssen, bis sich schiden wird, was er wünscht und hofft?

Er stand, daß der Bach gegen ihn floß, sah nur das währende Rudrängen und Herankommen, und achtete nicht auf das gischende, wallende, rasselige Gerinne, das hinter seinem Rücken, was es gebracht hatte, Säwit oder Galm, auch mit sich fortführte.

Früh am nächsten Morgen fand sich Selene auf dem Sternsteinhof ein.

„Je, was machst du da?“ fragte die alte Schaffnerin, als sie ihrer ansichtig wurde.

„Denk.“ sagte die Dirne, indem sie nach ihrem rechten Ohrschlappen wies. „ein Öhring is mir verlorengegangen. Hab' ich ihn nit da heroben bei Euch verstreut?“

„Hab' nix g'seh'n?“

„Sollt' er dir gleichwohl unterkommen —“

„Will schon darauf achien.“

„Ueber den Hof kam ein unterfetter, hämmiger Burck auf die beiden wackelten.“

„Da kommt unfer Bauersbohn.“ flüsterte die Alte, die Dirne mit dem Ellbogen anstoßend.

Selene betrachtete den Gerantretenden. Er hatte krauses, schwarzes Haar, eine gerade, ziemlich stolische Nase und braune, hellleuchtende Augen. Sie erinnerte, nach dem, was Sepherl über ihn gesagt hatte, seinem Gruß, aber sie grüßte auch nicht.

„Wen hast' denn da bei dir, Kathel?“ fragte er.

„s is die Zinshofersche von da unten.“ sagte die Alte, mit einer beiläufigen Handbewegung nach dem Hübe des Hügels, welche dardum sollte, wie wenig für hier oben das da unten zu bedeuten habe. „Die Wajner-Sepherl hat's gestern mit heraufgebracht, und da hab' ich ihr große Augen machen gelehrt. Ueber soner Aufschäum hat's gar ein' Öhring verloren, ohne daß sie es gemerkt hätt'. Well ja, du?“ Sie legte ihre knöchernen Finger auf die runde Schulter der Dirne.

„Wahr ist's.“ sagte Selene, „schön hab' Ihr's da heroben.“ Sie sagte das aber in einem Tone gleichmütiger Anerkennung, wie wenn sie gestern gerade nicht gar zu Un-gewöhnliches gesehen hätte, und als ob sie etwa mehr ab-sonderlichkeitshalber, als aus sonst irgendem Grund in der arbeitsigen Hütte da unten wohne.

„Na, wenn dir's gefallen hat.“ sagte der Burcke, „k'nnst ja öfter kommen.“

„Ditt gutmütig.“ lachte die Dirne. „donkst, mit den Augen trag' Euch kein's was hinweg, und gönnt ein'm 's Anchan'n.“

„Ditt du so interessiert?“ schämzelte der Burcke. „Wer weiß, 's Eine oder 's Andere k'nnst' du ein'm leidt' wohl abbeteln.“

„Meinst?“ entgognete sie, ihn voll in die Augen sehend. „Wenn ich's drauf antragen möcht', k'nnst's ja sein; aber auf's Betkeln verleg' ich mich eben nit, ich b'hinn' mich noch oft, ob ich nimn, was mer mi: antragt.“ Sie wandte sich an die Schaffnerin. „Allo sei so gut, wegen 'm Öhringel. Sollt' 's zufällig doch finden, so leg' mir's af d' Seit'.“

Es war' mir leid, fänd' sich's nit, 's eine müßt mir nit ohne 's andere, und obendrein ist's ein' G'wütt. Schau, so leben's aus.“ Sie bog den Hals und redte den Kopf hinüber, daß die Alte im linken Ohrschlappen den Ring be-trachten konnt, dann lehnte sie sich ab. „D'hüt Gott mit einander!“

(Fortsetzung folgt.)

Wahlkreise, nach ihrer Größe. Es fehlt ihr an Macht. Bis in die letzten Tage hinein sind Verhandlungen und Verhandlungen der Verhafteten vorgenommen worden. (Hört! hört! bei den U. S.) Es sind sogar Standgerichte eingesetzt worden. (Hört! hört! bei den U. S.) Es haben standgerichtliche Verurteilungen und standgerichtliche Urteile stattgefunden. (Lebhaftes Rufen: Hört, hört! bei den U. S.) Es sind auch Angehörige meiner Partei auf Grund solcher standgerichtlicher Urteile erschossen worden. All diese Schandthaten hat die Regierung nicht hindern können. Die Militärmacht war härter als sie, und doch will die neue Regierung sich wieder auf sie stützen. Die Reichswehrpartei haben beraten und beraten, um eine neue Regierung zustande zu bringen. Unterdessen ist

#### die Reaktion auf neue erhofft.

Lebhaftes Zustimmung bei den U. S.) Sie ist froh und froher geworden, und der Augenblick schien nahe, wo sie an die Verfolgung von Personen zu gehen drohte, deren Namen auf einer schwarzen Liste waren, die heute in der "Welt am Montag" erwähnt wurde. (Lebhaftes Rufen: Hört, hört! bei den U. S.) Herz von Gerlach gibt dort Mitteilungen wieder, wonach die Verhafteten gesagt haben sollen: "Je mehr proletarische Kinder verenden, um so besser." (Stürme bei den U. S.) Das ist ein würdevolles Zeugniss für jener frechen Junkerkränkung: "Der Vater hat wohl alles verschoben." Lebhaft die Fürst vor der Arbeiterschaft hat die Militäristen abgehalten, neuerdings einen Versuch zu unternehmen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Für diese Leute sind Sozialdemokraten noch immer vaterlandlose Gesellen. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist ihnen eine erwünschte Gelegenheit, und diesen Elementen hat die alte Regierung freien Lauf gelassen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Das mußte sich natürlich rächen und wird sich weiter rächen. Was in Adlershof in der Nähe Berlins geschehen ist, ist ein Schandstück demokratischer Republik. (Sehr richtig! bei den U. S.) Davon aber hat leider der Herr Reichsminister heute nicht gesprochen. Wo sind die Garantien, daß die neue Regierung solche Schandthaten künftig hindern wird? Das Verhalten der Offiziere und der Studenten, insbesondere in den Einwohnertreffungen und in den freiwilligen Regimentsgruppen ist ein Beispiel für die wirkliche Verfassung des Bürgertums der Arbeiterschaft gegenüber. (Sehr richtig! bei den U. S.) Als die Kapp-Lüttich-Truppen wie Sieger aus Berlin abgezogen sind (Hört, hört! bei den U. S.), hat das Bürgertum sie mit Schokolade, Zigaretten und anderen Schmierereien versehen. Die Entlassung dieser Truppen, die die Regierung mit großen Worten angekündigt, ist nicht erfolgt.

Dagegen hat Kapitän Ehrhard kürzlich gesagt: "Ich möchte den Kapp, der es wagt, um so entschließen (Hört, hört! bei den U. S.) Ich habe Beweise dafür, daß am 10. d. Mts. der Kommandantenstand nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland ausbreiten sollte, darum sind wir nach Berlin gekommen, um die Stadt zu schützen. (Nachdem bei den U. S.) General Seidt hat mir seine Anerkennung ausgesprochen. (Hört, hört! bei den U. S.) Es wird in nächster Zeit noch eine ganze Reihe Kommandanten in Deutschland zu fassen geben. (Zuruf rechts: wahrscheinlich) und ich denke, darin haben wir ja einige Übung." Dieser Prätorianerführer beruft sich darauf, daß er und seine Mannschaften

#### einige Übung im Massenmord

gegen die eigenen Landsgenossen haben. (Sehr richtig! bei den U. S.) Zuruf rechts: Gegen die Verbrecher! Sie haben viel schlimmere Verbrecher in ihren Reihen. (Sehr wahr! bei den U. S.) als es jemals unter den politischen kämpfenden Arbeitern gegeben hat. Der Kapitän Ehrhard denkt und handelt in (nach rechts) Ihrem Geiste. (Sehr wahr! bei den U. S.) Die alten konventionellen Parteien hätten übrigens zu dem gekommen, was die Kapp und Lüttich in Ihrem Geiste getan haben. (Sehr wahr! bei den U. S.) Sie (nach rechts) haben seine geistigen (Lachen und Zuruf rechts.) Das eine können Sie nicht leugnen, wenn Sie Kapp und Lüttich gelungen wäre, was Sie wollten, dann hätten Sie ihnen Standbilder gesetzt und Frau Dr. Rütze Schirmmacher hätte einen ganzen Blumenkranz ausgelegt (Heiterkeit), um die Standbilder zu schmücken. Was die Ehrhard und Kommandanten im Kampf gegen den Bolschewismus leisten, kommt dem gleich, was die Cortes und Bigato gegen die Vereinigten Staaten verübt haben. (Sehr richtig! bei den U. S.) Hinter der Formel Bekämpfung des Bolschewismus verbergen sich jetzt alle diejenigen, die zu feige oder zu hinterhältig sind, um zu dem zu gehen, was die Kapp-Lüttich getan und gewollt haben. (Sehr richtig! bei den U. S.) Die Regierung wird den Militäristen nur die Stirn bieten können, wenn sie sich nicht auf bewaffnete Proletariat. Der Reichsminister hat nichts davon gesagt, daß sie das will. Der Reichsminister und seine Freunde haben nicht den Mut gehabt,

#### unser Forderung nach einer rein sozialistischen Regierung

zu erfüllen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Was ist für ein Unterschied, wenn Herr Bauer nicht mehr Reichsminister, sondern Reichsminister ist? Hat er dadurch das Vertrauen der Mehrheit neu erworben? (Sehr wahr! bei den U. S.) Mit welchem Rechte kann die Mehrheit der Nationalversammlung das Vertrauen des Volkes beanspruchen? Durch den Generalstreik ist der Mehrheit der Nationalversammlung nicht das Vertrauen ausgesprochen worden. Sie war ja, wie die alte Regierung vor allem im höchsten Grade unschuldig, was uns der 13. März und folgenden Tage gebracht hat. Es kommt hinzu, daß die bürgerlichen Parteien im Grunde dem Generalstreik alle feindselig gegenüber sind. (Sehr richtig! bei den U. S.) Und hat die Mehrheit einem Rolle nicht stets zugeworfen, wenn er uns Unabhängigen den schärfsten Kampf anlegte? (Sehr richtig! bei den U. S.) Die Arbeiterschaft muß fortgehen, was sie zu ihrer Einigung mit dem Generalstreik begonnen. Sie muß für eine sozialistische Mehrheit bei den nächsten Wahlen Sorge tragen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Nur im revolutionären Klassenkampf kann sie ihre Einigung erreichen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wir sind im Gegensatz zu den Deutschen national, die die Zeit für sich arbeiten lassen möchten, für die größte Beschleunigung der Revolution. Nur die Arbeiterschaft hat sich mit Leib und Leben gegen die Kapp und Lüttich eingesetzt. Die Söhne der Bourgeoisie, Offiziere und Studenten haben Leib und Leben für die Reaktion gewagt. (Sehr richtig! bei den U. S.) Was der Reichsminister über die Fortführung der Sozialgelehrung, über die Sozialisierung, über Bekämpfung der Schieber und Wucherer gesagt hat, läßt uns vollkommen unberührt. Das Programm der alten Regierung wird lediglich fortgeführt. Die Massenhaltungen von Ausländern werden uns im Auslande besonders in Sowjetrußland, keine Freundschaft eintragen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Es geht ums Ganze, sagt der Reichsminister und er meint damit die Republik. Die Arbeiter verstehen unter dem Ganzen ein anderes. Sie wollen die Herrschaft des Kapitalismus beseitigen. Was haben sie in diesem Kampfe von der Koalitionsregierung zu erwarten? Darauf gibt

#### das Ultimatum an die Arbeiter im Ruhrrevier

die beste Antwort. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wir fordern von der Regierung, daß sie mit den Arbeitern im Ruhrrevier durch Verhandlungen sich verständigt. Durch die Erklärung der Bewegung im Ruhrrevier wird sie eine Reaktionskopie herausbescheiden. Die Arbeiter fürchten dort mit dem Einzug der Truppen den Einzug des weißen Schreckens, nach dem Vorbild Ungarns. Sie lassen die Truppen wegen ihrer Erfahrung im vorigen Jahre mit ihnen. Und an der Spitze dieser Truppen steht General Watter, dem selbst christliche Arbeiter und Demokraten ihr Vertrauen ausgesprochen haben. (Hört, hört! bei den U. S.) Wenn die Arbeiter zur Verarmung getrieben, zur Vertreibung der Kohlengruben kommen sollen, so fällt die Schuld daran auf die Regierung. (Sehr richtig! bei den U. S.) Auch den Ruhrbergleuten ist die Verfolgung der Hochverräter versprochen worden. Über die Kapp, Lüttich, Jagow, Oberkauer usw. lauten freilich herüber. Und während die Truppen

von Wesel der die Arbeiter einzukreisen drohen, beschränken diese, daß auch die Volkshüter gegen sie verwendet werden sollen.

#### Die Arbeiter im Ruhrrevier wollen selbst Ruhe schaffen.

Die Regierung sollte ihnen dafür den notwendigen Spielraum lassen. Was ist von der Gerechtigkeit zu erwarten, die gegen die Reaktionäre bereits am Werke sein soll? Sie besteht aus den Organen der Klassenjustiz. (Sehr wahr! bei den U. S.) Auch der Graf Bekker besitzt ein hohes Richteramt. Er fand die bürgerliche Unterlandstube als Bewehrung zu dem Putsch vom 13. März. Wie würde er als Richter urteilen? Und Unabhängige hat er noch während des Krieges vaterlandlose Gesellen genannt. Die Hochverräter brauchen vor dieser Gerechtigkeit keine Furcht zu haben. (Sehr richtig! bei den U. S.) Das Hauptproblem unserer inneren Politik ist gegenwärtig die Befreiung der Arbeiter vom alten Militarismus. Die Reichsregierung läßt auch in diesem Punkte unbefriedigt. Die neue Regierung hat den General von Seidt als Oberkommandierenden genommen. Was die Arbeiter von ihm erfahren haben, läßt sie heben: Was mit ihm! (Sehr richtig! bei den U. S.) Selbst Koske hat ihn im "Vorwärt" charakterisiert. Herr von Seidt hat für die Unzufriedenheit der Offiziere und Mannschaften Argumente sozialen Charakters angeführt. Welchen sie aber nicht doppelt und dreifach von den Arbeitern, gegen die man mit den militärischen Machtmitteln zu Felde zieht? (Sehr richtig! bei den U. S.) Hat man sie nicht obendrein früher politisch entrechtet? Mit Umsturzdoktrinen, Jugendhausgesetzen und Rechtlichem bekämpft? Herr von Seidt hat auch

#### die Verhaftung der Ausländer

vornehmen lassen. Er hat es gelitten, daß Standgerichte bis in die jüngste Zeit hinein bestanden und wüteten. Er muß von seinem Posten verschwinden. (Sehr richtig! bei den U. S.) Im übrigen darf nicht vergessen werden, am wenigsten von einer Regierung, in der eine Anzahl Sozialdemokraten sitzen, daß es sich bei all den Kämpfen der jüngsten Zeit nur um den verschärften Klassenkampf handelt.

Nicht militärische Machtmittel, sondern eine Politik der Vernunft den Arbeitern gegenüber ist zunächst nur mit ihrer Hilfe kann der Militarismus völlig beseitigt werden. Die Verankerung des Militarismus in den materiellen Interessen und dementsprechend in der Ideologie der bestehenden Klassen, macht den Kampf gegen den Militarismus so schwer. Mit parlamentarischen Formeln und Kompromissen ist ihm nicht beizukommen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Entschieden wird die Monarchie und politische Macht der Arbeiterklasse sein. Der Kampf gegen den Bolschewismus richtet sich gegen die Unabhängigen und Kommunisten. Auf ihre Organisationen, auf ihre Presse ist es abzusehen. Was die Generäle und Offiziere für Bolschewismus halten, das wissen wir. Es ist viel von der Arbeitsunlust die Rede gewesen. Was der Reichsminister von der Sozialisierung gesprochen hat, wird sie nicht erheben. Die Arbeiter nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Amerika, Japan wollen nicht länger für die Besitzer der Produktionsmittel sich jähnen und schaden lassen, sie wollen sich nicht länger um den Ertrag ihrer Arbeit pressen lassen. Deshalb

#### in allen Ländern dieselben Forderungen der Arbeiter.

Und immer mächtiger der Ruf: Nieber mit dem Kapitalismus und her mit dem Sozialismus! (Sehr richtig! bei den U. S.) Auch für die internationale Einigung des Proletariats fehlt es nicht an Anzeichen. Die Arbeiter Frankreichs und Englands erklären sich solidarisch mit dem kämpfenden Proletariat Deutschlands. Auf neue werden die Arbeiter des einen Landes von denen des anderen Landes lernen. Die englischen Arbeiter, die kürzlich auf ihrem Gewerkschaftskongress den Generalstreik abgelehnt, werden ihn nunmehr in ihr Waffenarsenal aufnehmen, nachdem die deutschen Arbeiter einen so großen Erfolg damit errungen und die Geschichte schreibt schon. Sie drogen sich, wie Herr Stresemann sagt, im Saufschritte vorwärts.

Was der Kapitalismus in England, Amerika, Japan auch noch stark sein, was in jenen Ländern auch noch für kommende Kriege und für den Kampf um die Herrschaft über den Stillen Ozean gerüstet werden. Der Kampf wird nicht entfernt so lange dauern, wie frühere ähnliche Kämpfe. Die Revolution aber wird sich von Europa aus auf andere Gebiete verbreiten. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung Europas auf 187 Millionen Menschen angewachsen. Von 1801 bis 1912 wuchs sie auf 450 Millionen. Das läßt uns ersehen, wie sehr sich das Weltmaß vergrößert, innerhalb dessen die entscheidenden Kämpfe um den Austrag kommen werden. Der Sozialismus ist näher, als viele Leute heute glauben. Mit dieser Überlegung wollen wir die Arbeiter erfüllen. Dazu wird allerdings wenig beitragen, was die Reichsregierung unternimmt neuen geschweherten Katen in Ausdehnung stellt hat. Die Arbeiterschaft wird auch eigene Kraft sich einbringen im revolutionären Kampf ihr Ziel erreichen. Mögen die Arbeiter auf dem beschrittenen Wege fortschreiten, er ist der richtige Weg! (Beifall bei den U. S.)

#### Abg. Legien (Soj.):

Das deutsche Volk hat es fort, sich von den Kreisen, die dem Putsch gemacht haben, weiter regieren und drangsalieren zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soj.) Mit Recht hat der Kaiser die Arbeiter gegen diese Kreise energisch Stellung genommen. Die Arbeiter der Regierung unser Vertrauen aussprechen. (Beifall bei den Soj.) Die Erklärung meines Vorgesetzten steht im Widerspruch mit der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter, die der unabhängigen Sozialdemokratie angehören. Ich hoffe, daß dieser Gegensatz nicht lange bestehen wird und daß die Unabhängige Sozialdemokratie endlich zu der Überzeugung kommen wird, daß es auf die Dauer mit der Politik nicht geht, die sie bisher getrieben hat. (Sehr richtig! bei den Soj.) Ich hoffe, daß die gewerkschaftlichen Arbeiter, die zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehören, ihre Partei bald darüber belehren werden, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist. Bei der Bekämpfung der Strafverfolgung allein wollen wir es nicht bewenden lassen; an den neuen Justizminister Hund richte ich die dringende Aufforderung, daß er ungezügelt einschreite und daß nicht nur Arbeiter wegen irgendwelcher Vergehen verhaftet werden, sondern daß endlich einmal die Hochverräter gefaßt werden. (Lebhaftes Beifall bei den Soj.) Weiter fordere ich, daß das Vermögen der Hochverräter konfiszieren wird. (Zustimmung bei den Soj.) als Ausweis für die Schäden an dem Eigentum der Arbeitermittelstellen und für die Schäden in der Rationierungsmittelverteilung, die der Putsch herbeigeführt hat. Andere Schäden werden sich ja leider nicht ausgleichen lassen, z. B. der Schaden bei der kolumbiischen Unterstützung in Schlesien. Die bürgerliche Partei in Schlesien hat unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Putsches ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie den Staatsschutz für ihre Zwecke ausnützte und es für das sicherste erklärte, wenn die Sozialistischer sich zu Dänemark begeben. Wenn es der sozialdemokratischen Partei in Helsingborg auch gelang, der Bevölkerung Mitteilung darüber zu machen, daß sich nicht ganz Deutschland in den Händen der Bolschewisten befand, in der Stadt Helsingborg wären doch mindestens 2000 Stimmen mehr für Deutschland abgegeben worden. (Hört, hört!) Die deutsche Arbeiterschaft bei die Drangsalierung durch das Militär ja!

Wäre die Berliner Arbeiterschaft bewußt gewesen, die Putschtruppen wären nicht durch das Brandenburger Tor gezogen. (Unruhe.) Ohne Kenntnis von dem Aufruhr der Regierung haben die Gewerkschaften bereits am 13. März, mittags 11 Uhr, im Bundesvorstand den Generalstreik beschlossen. Es folgte dann auch die Arbeitgemeinschaft vieler Angestelltenverbände und die sozialdemokratische Partei.

Wenn der Aufruhr nicht gemeinsam erlassen würde, so war er doch nicht möglich. Wir waren uns der unabweisbaren Verantwort-

ung bewußt, die auf uns ruhte, wenn wir zu diesem gemeinsamen, im großen und ganzen bisher von uns abgelehnten Kampfmittel griffen; wir wissen, daß die Arbeitermittelsten am meisten unter dem Generalstreik leiden. Hier gab es aber keine Wahl. Es hat sich gezeigt, daß keine Regierung ohne Zustimmung der Arbeiterschaft existenzfähig ist, auch wenn sie über die gewaltigsten militärischen Machtmittel verfügt. Die Regierung kann bei uns nicht bestehen, daß sie ohne Einverständnis mit der Arbeiterschaft nichts unternehmen kann. Bereits am Montag, den 15. März, suchte sie Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, um mit ihm zu einem Kompromiß zu gelangen. Zu einer Verbindung ist es nicht gekommen. Bei der Aussprache über hat der Vertreter Kapps dem Gewerkschaftsbund ein Programm unterbreitet, in dem u. a. Amnestie für alle politischen Verbrecher seit November 1918 verlangt wurde. (Lachen bei der Mehrheit.) Man glaubte, mit diesem Vorhinein die Arbeiter tatsächlich einzufangen zu können; darauf läßt sich die deutsche Arbeiterschaft nicht ein. Auch der mündlichen Zusage Kapps, daß das Koalitionsrecht nicht angetastet werden sollte, war die Antwort, der Vorstand des Gewerkschaftsbundes könne nur mit einer auf Grund der Verfassung eingehenden Regierung verhandeln. (Sehr richtig! bei den Soj.)

#### Nun ging Kapp zur Drohung über.

Wie das ja bei den Konventionen üblich ist. Aber gerade infolge dieses Vorfalls wurde in einer Sitzung in der Wilhelmstraße, in der sich auch Kapp persönlich befand, am 16. März von den Gewerkschaften beschlossen, den Generalstreik fortzusetzen. Dieser konnte auch nach Kapps Rücktritt nicht abgebrochen werden, denn man hätte noch keine Sicherheit für die Verhinderung eines neuen Putsches. Vielleicht hätten die meinedigen Generäle und eine neue Regierung gebracht, etwa eine Regierung Stresemann. (Heiterkeit. Abg. Dr. Köhl (D. Sp.): Rinderell.) Die deutschen Professoren sind ja stets etwas kindisch gewesen. Die Schreiben für die Wiederkehr geordneter Zustände wurden erst veröffentlicht durch die bekannte Vereinbarung zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Gewerkschaften. Dabei handelte es sich nicht um eine parteipolitische Stellungnahme der Gewerkschaften, sondern um einen Kampf um ihre ursprünglichen Rechte. Die Aufnahme des Streikrechts nach Verhandlung mit den Gewerkschaften bedeutet kein Verzicht, kann also die Verfassung nicht verletzen. Bei der Demokratie ist die Verantwortung nicht jedem Beamten nach seiner Fassung zuzurechnen, aber wir verlangen, daß er nicht gegen die Regierung unternimmt, sondern seine ganze Tätigkeit auf dem Statute zur Verfügung stellt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Sozialistischer Kommissionen muß vor allem verstärkt werden durch die Arbeiterschaft, dann dürften ihre Arbeiten nicht wieder in irgendeinem Ministerium vergraben werden. Eine durchgehende Änderung muß doch allem in Offizierskreise Platz greifen. Neben muß die organisierte Arbeiterschaft aufgenommen werden in die Reichs- und Sicherheitskreise sowie

#### in die neuzubildenden Volkshüter.

Nicht die Wehren bestimmen über den Eintritt, sondern die Arbeiter melden sich bei ihrer Organisation und werden von dort aufgenommen. Die unzufriedenen militärischen Maßnahmen trugen an der noch immer vorhandenen Erregung schuld. Dieselbe Truppe, die versagt, hat im Kampf gegen die bewaffneten Volkshüter, gegen die unbewaffneten Arbeiter vor sie führen und mutig. Die Arbeiterschaft früher Worte hatte es übernommen, die Lager gegen die Putschtruppen zu schützen; da riefen die Regierungstruppen an, d. h., man weiß ja kaum heute noch die Regierungstruppen von den anderen zu unterscheiden, und es begann ein Kampf zwischen der Arbeiterschaft und den sogenannten Regierungstruppen. Die Arbeiterschaft will sich die Verteidigung der Republik nicht befehlen lassen, aber der Putsch ist in den Streitkräften muß befragt werden, eventuell durch Unterstellung der Kapitulationen Unternehmern durch das Reich. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß die Organisationen, die den Generalstreik durchgeführt haben, 12-14 Millionen Mitglieder umfassen. Die Drohung mit der Abschaffung der fidejussorischen Staaten ist hart übertrieben; denn da haben unsere organisierten Arbeiter auch noch ein Wort, und nicht das letzte mitzusprechen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Verhängnisvoll wäre es, wenn die Partei, sondern für die Volksgemeinschaft, für das ganze Wirtschaftsleben. Deshalb nehme ich an, daß der Herr Reichsminister diese Punkte nicht nur angenommen hat, sondern auch gewillt ist, sie durchzuführen. Dann muß er aber auch einschreiten gegen die tolle Hebe gegen den sogenannten Bolschewismus, hinter der sich jetzt alle die Kreise verbergen, die Grund haben, die Marke der Republik zu fürchten. Es ist in Deutschland kein Boden für den Bolschewismus. Lebhaftes Widerworte rechts.) Sie (zu den Auslandskorrespondenten) sind der einzige Boden dafür und Sie tragen auch diese Hebe, die nur den einen Zweck hat, die Arbeiterschaft gegeneinander aufzubringen. (Sehr richtig! bei den Soj.) In Deutschland hat die Sozialdemokratie trotz der Sozialistischer im Verein mit den Gewerkschaften den Weg zum Sozialismus beschritten und wird ihn weitergehen selbstwähl, kräftig und ohne Wanken bis zum Sieg. (Lebhaftes sich wiederholendes Bravo.)

#### Reichswehrminister Dr. Gehler:

Die tiefe Angst, die sich zwischen werten Kreisen des deutschen Volkes und der Reichswehr aufgelöst hat, gibt es sobald als möglich wieder zu überwinden. Diese ist nur möglich auf der Grundlage unbedingten Vertrauens. Dazu ist erstes Voraussetzung, daß Führer, die nicht rüchellos auf dem Boden der Verfassung stehen, entfernt werden. Dies ist geschehen mit den Generälen: von Lüttich, von Ehrdorf, Wermuth, von Golenberg, von Großhof, von Krüger, Roederer, von der Hof, Strehmel, mit dem Obersten von Oden, von Wangerheim, von Ledebaur, von Jählich, den Oberstleutnants von Klein, Mählowitz und Gernard. Außerdem mit zahlreichen anderen Offizieren. Jeder Fall, der zu meiner Kenntnis kommt, wird rüchellos untersucht. Zu diesem Zweck habe ich eine eigene Untersuchungskommission eingesetzt; außerdem ist eine Vorlage eingebracht worden, daß alle an den Märzvorgängen Schuldigen durch bürgerliche Gerichte abgeurteilt werden. Nach allen Grenzpunkten der Bewegung habe ich Offiziere mit eingehenden Richtlinien entsandt, die in enger Verbindung mit den Zivilbehörden für Ordnung sorgen. In die besonders gefährdeten Bezirke sind Zivilkommissionen mit unfallenden Vollmachten geschickt worden. Besonders schlimm haben sich in Kiel und Wilhelmshaven die Verhältnisse gestaltet, so daß Abmarsch von Trotha sofort den Kapp und Lüttich zur Verfügung gestellt hat. Notwendig ist aber, daß die Untersuchung mit vollkommener Unparteilichkeit geführt wird. Denn Prozeduren können wir nach rechts und nach links ab. (Beifall!) Viele Offiziere sind in fasselt Verdacht geraten. Ich hoffe, daß die Untersuchung dies in noch weiteren Teilen zeigen wird. Es ist dies das höchste Verdienst der hingehenden Arbeit, die mein Vorgänger Koske dem Wieder-aufbau unserer Oberen gewidmet hat. (Beifall!) Die Zusammenhänge in den Bezirken werden gründlich untersucht werden. Die Schuldigen sollen rüchellos zur Verantwortung gezogen werden. Der Verlagerungsstand muß abgebaut. Erste Sorge bereitet uns das Ruhrrevier. Auf diese Bewegung hat in diesem Sinne niemand mehr Einfluss, auch die Unabhängigen nicht, deren Abgeordnete mehrfach in die Gefahr geraten, an die Wand gestellt zu werden. (Lebhaftes Hört, hört!)

#### Die Vorgänge im Ruhrrevier

kann man keiner Partei im Laufe zur Last legen; sie sind aber die Basis des Kapp-Lüttichischen Unter-

wenig. (Redakteur Zustimmung bei der Redakteur, Darm rechts.) Die Reichsregierung hat zwei Minister nach dem Ruhrrevier geschickt, also das getan, was Herr Henke verlangt hat. Das Vorfeld-Abkommen, gegen das viele Bedenken sprachen, haben wir geschlossen, um Vorkriegsbedingungen zu vermeiden. Es ist aber von der Gegenseite nicht gehalten worden; kein Gefangener wurde ausgeliefert, Bessel wurde weiter brannt. Der Minister verließ einen Rufus der Kommunisten in Duisburg, wonach die Rote Armee weiterkämpfen wird. Sämtliche Landposten werden beschlagnahmt, ebenso die nicht rationierten Lebensmittel. Die Rationierung für die Soldaten beträgt 65 M. täglich, für Offiziere 40 M., für Frauen 30 M. Der Oberbürgermeister wird abgelehnt, an Wahlen können nur Arbeiter teilnehmen, die auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. (Hört, hört!) Jetzt ist das Ultimatum gestellt worden, das morgen mittag abläuft. Wenn der Reichsrat Einfluß genug besitzt, so wird unser Ziel erreicht und Winternächten verhindert werden. Da seit Wochen keine Lebensmittel nach dem Ruhrrevier gekommen sind, haben wir alle Anordnungen getroffen, um solche sofort dahin zu schaffen. Wenn der Staat, der über dem Trümmerhaufen liegt, verfallen sein wird, dann werden wir daran gehen, die Reichswehr auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen.

### Reichsjustizminister Bunsel:

Das Reichsgericht hat die Voruntersuchung eröffnet gegen Kapp, Regierungspräsident von Jagow, Major Babst, Oberst Bower, Dr. Schiele-Naumburg, Bremer, Unterstaatssekretär a. D. Freyberg von Falkenhäusern, Geheimrat Dowe, Admiral von Ledebow-Niel, von Winterfeldt-Niel, Oberbürgermeister Lindemann-Niel, Regierungspräsidenten Baus-Schlesien, Landrat von Löwe, Freiherr von Falkenhäusern, Paul und Ledebow befinden sich in Haft. Wegen der übrigen, die flüchtig geworden sind, (Hört, hört!) sind Haftbefehle und Steckbriefe erlassen. Für ihre Weiterverbreitung ist Sorge getragen; für die Ergreifung der Angeklagten sind namhafte Geldsummen ausgesetzt. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hat bis zur Vernehmung des Strafverfahrens das Vermögen der Angeklagten mit Beschlagnahme belegt und die Befreiung der Angeklagten angeordnet. (Weißt!) Die Befreiung von Traub ist noch nicht erfolgt. Wegen die noch der Militärgerichtsbarkeit unterliegenden Hochverräter schweben besondere Verfahren bei den Militärbehörden. Diese werden nach Erledigung der heute auf der Tagesordnung stehenden Entwürfe, betreffend die Aburteilung der hochverräterischen Unternehmen aus dem März 1920 auf die bürgerlichen Gerichte überleitet werden. Dadurch wird eine einheitliche Aburteilung der Straftaten sichergestellt werden. Wir hoffen, daß die deutschen Gerichte Recht und Gerechtigkeit walten lassen. (Weißt!)

Herr Dr. Henke (D. Sp.): Am 9. März erklärte ich noch einmal, daß wir jede Gewalt ablehnen. In dieser Stellungnahme waren wir uns nicht einig. (Lärm!) Als Sie herbeigefallen waren!) Wir stehen auch weiter auf dem Standpunkt, daß wir aus der lebendigen Lage nur herauskommen können, wenn wir auf dem Standpunkt des Rechts bleiben. Der Kapp-Versuch war nur möglich in der Atmosphäre, die der Friedensvertrag von Versailles geschaffen hat. (Zustimmung!) Er war auch nur möglich, weil ihm die Novemberrevolution von 1918 vorhergegangen war. (Große Unruhe bei den Soz.) Unsere Partei hat die Probe auf ihre Verfassungstreue bestanden. (Widerspruch bei den Soz.) Die Sozialdemokraten halten jetzt die Situation für günstig, darum verlangen sie nun auf einmal Resignation. Jetzt aber ist die Hauptgefahr der Volksevidenz. (Widerspruch bei den Soz. Lebhafte Beifall rechts.)

Der bayerische Gesandte Dr. von Breger berichtet die Behauptung Henkes, daß die bayerische Regierung nicht auf verfassungsmäßigem Wege entstanden sei.

Herr Dr. Gass (Dem.): Einzelne Männer, wie gerade der Abgeordnete Henke haben sich gewiß einwandfrei gehalten, aber die großen Schichten dieser Parteien und auch führende Persönlichkeiten haben bewußt den Verbrechen zugestimmt. Was gegen die Parteien dagegen zu unternehmen? Ausdrücklich wird in jenem Aufruf die Hochverrätergesellschaft als die „neue Regierung“ anerkannt. (Hört, Mittelmann (D. Sp.): Wo war denn die alte Regierung? Minutenlanges Lärm bei der Linken. — Zustimmung bei der Rechten.) Zahlreich sind die Beweise weiterer enger Verbindung der Rechtsparteien mit dem Kapp. Sie (nach rechts) schütteln aber diese Leute nicht ab, sondern suchen nur nach Entschuldigungsgründen. Eine fortwährende Entwicklung hat die Gewaltspolitik der Kapp-Zeit nicht gestört. Der wahre Grund zu ihrem Verbrechen liegt im Geist reaktionärer Gewaltpolitik, der nur mit Soldaten zu arbeiten weiß. Daß parteiliche Schwärmer an die Wand gestellt, aber hochgeborenen Verbrecher geschont werden, das würde das Volk nicht ertragen. (Sehr richtig links.)

Auch auf die reaktionären Treiben an unseren Hochschulen muß endlich ein Auge geworfen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht vergessen werden darf im heutigen Streit der Meinungen die große Arbeit die Rolle in schweren Tagen für das Vaterland geleistet hat. Im Namen meiner Fraktion und meinem eigenen spreche ich ihm dafür unsern Dank aus. (Sehr richtig!) Sein Name wird einst in hohen Ehren in der Geschichte genannt werden. (Sehr wahr!) Der Einrückung der Zeitweiligen, besonders aus akademischen Kreisen, muß am besten ein Ende gemacht werden. Nun zu den neun Punkten. Kein Minister hat sich dafür erklärt und wir legen es ab, und auf die neun Punkte schließen, weil es das demokratische Prinzip nicht zuläßt, Organisationen einen entscheidenden Einfluß einzuräumen. Aber wir sind für ein enges und gutes Einverständnis mit allen Organisationen der Arbeiter, der Landwirte, der Arbeitgeber um. Die letzte Entscheidung muß aber bei der Nationalversammlung liegen.

Reichsfänger Müller: Im Industriegebiet ist noch vieles nicht in Ordnung. Ein eben eingelaufenes Telegramm der Reichsbank Duisburg meldet: Echtheit ist eine Million unserem Tresor entnommen und verlangt weitere Beiträge. (Lebhafte Hört, hört!) Man arbeitet also dort genau so wie es Kapp getan hat. (Große Unruhe rechts und links; natürlich, das muß kommen.) Es ist bekannt, daß Kapp dasselbe Verlangen gestellt hat. Nur ist der Aufruf nicht ausgeführt worden. Daß Kapp dem Zentralvorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei angehört, das heute barmhertzig von der Rechten bestritten wurde, beweisen die Ausführungen des „Berliner Lokal-Anzeiger“, des Blattes der Schwerindustrie. (Hört, hört!)

Die Aussprache wird abgebrochen, die Vorlage über den Notetat wird an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Vorzen 10 Uhr Fortsetzung, erste Beratung des Haushaltsgesetzes und des Gesetzes über die Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, keine Vorlagen.

### Aus der Partei.

Wauer seines Amtes enthoben.

Der Vorstand des Verbandes der Film- und Kinoangehörigen hat dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund mitgeteilt, daß eine Funktionär- und Oberversammlung des Vorstehenden Wauer bis auf weiteres von der Vertretung des Verbandes ausgeschlossen habe. Ueber seinen endgültigen Ausschluß müsse eine Vollversammlung entscheiden.

Ein Einigungsversuch der Sozialisten in Oberschlesien, dem allerdings von rechtssozialistischen Führern Schwierigkeiten bereitet werden, kam in einer mehrtägigen Beratung der Einigungs-Kommission der drei sozialistischen Parteien mit Ausschluß der polnischen sozialistischen Organisation von Oberschlesien (P. V. S.) in Katowitz zustande. Es wurde folgende Resolution gefaßt: „Die

am 18. März 1920 in Katowitz folgende gemeinsame Konferenz von Vertretern der S. P. D., der U. S. P. und der P. P. D. erklärt, in ihren Organisationen sehr entschieden für die Schaffung einer Einheitsfront der sozialistischen Parteien zur Abwehr reaktionärer Mächte einzutreten zu wollen. Die Einheitsfront muß auf der Grundlage einer Vermittlung des revolutionären Sozialismus auf dem Wege der proletarischen Diktatur hergestellt werden. Mit der Erledigung der weiteren Maßnahmen wird die von drei Parteien zu wählende Einigungs-Kommission betraut. Eine Aktion zur Rettung der Koalitionregierung lehnt die Konferenz einmütig ab und befiehlt sich vor, gegen eine eventuelle in Oberschlesien einsetzende Gegenrevolution von rechts — sei es von deutscher oder polnischer Seite — mit allen Mitteln anzukämpfen. Das Ziel der Einheitsfront ist die restlose Verwirklichung des entschiedenen Sozialismus, der nicht ausschließlich auf dem Wege der Formaldemokratie erreicht werden kann. Sollten durch die Zentralvorstände andere Einigungsformeln hergestellt werden, so gelten diese auch für die drei Parteien.“

## Gewerkschaftliches.

### Die Buchdrucker und der Generalstreik.

Die Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker nahmen am Montag abend in einer stark besuchten Versammlung Stellung zum Generalstreik. Der Gewerkschaftsleiter führte aus, daß die festgelegten Forderungen ein Grundstein seien, auf dem weiter gebaut werden müsse. Wenn die Buchdrucker streikten, dann schweige das öffentliche Leben, das habe sich bei der restlosen Stilllegung der Zeitungen gezeigt. Von allen Seiten, auch den Gewerkschaften, seien die Buchdrucker befragt worden, zu arbeiten. Alle Sonderwünsche seien abgelehnt worden, nur die Forderung eines Nachschreibens sei mit der Gewerkschaftskommission beschlossen worden, mit Kuffner und Umbreit als Schriftleitern. Dies Blatt sei oder nicht erschienen. Wegen der Haltung der Buchdrucker habe sich ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ Herr Schiff, erlaubt, von einem Arealismus der Buchdrucker zu sprechen. Derselbe Herr habe dann eine Rindergeschichte im „Vorwärts“ veröffentlicht, in der er von der „heiligen Gewerkschaftsdiktatur“ der Buchdrucker erzählt. Der „Vorwärts“ solle seine Spalten für andere Dinge bereit halten. Die Buchdrucker dürften sich das nicht gefallen lassen.

Als der Gewerkschaftsbund, die KfA und die Gewerkschaftskommission für den Abbruch des Streiks eingetreten waren, verurteilte die Regierung zu schweigen, was eine Verschärfung der Lage verursachte. Infolge neuer Verhandlungen wurde die Regierung gezwungen, Ernst zu machen mit der Durchführung der Forderungen. Unter keinen Umständen dürfe die Arbeiterkassette wieder ins Kartenthaus geschickt werden.

Ueber Bezahlung der Streiklosen verhandelt am Montag und Dienstag die Zentralarbeitsgemeinschaft und die Untergruppe Papierfach. Die Regierung habe die Pflicht, eine Bezahlung der Streiklosen durchzuführen. Die Buchdrucker wurden verschiedentlich unter allen möglichen Vorwänden nicht sofort eingestellt, als sie sich zur Verfügung stellten. Es sei die Bezahlung zu fordern von dem Tage an, wo sich der Gehälter zur Verfügung gestellt habe. Diese Angelegenheit schwebt beim Schlichtungsausschuß. Den Mitgliedern werden für die Tage je 10 M. Unterstützung gezahlt, die bei einem günstigen Schiedsspruch zurückzahlen sind.

Gewerkschaften und Partei hätten ständig auf die Regierung zu drücken, damit sie das Regierungsgeld mit fester Hand im Sinne der Arbeiterkassette und des Sozialismus steuere. Den Ausführungen schloß sich eine lebhafte Debatte an, in der u. a. betont wurde, daß die Arbeiterkassette unter keinen Umständen die Klassenkassette im Ruhrrevier niederschlagen lassen würde. Der Regierung müsse zugezogen werden: Hände weg vom Ruhrrevier! Bei einer militärischen Operation gegen die Reichswehr habe das gesamte Wirtschaftsleben auf dem Spiele. Der neuen Regierung wurde scharfes Mißtrauen entgegengebracht. Die Medner ständen durchweg auf dem Standpunkt, daß die Regierung verpflichtet sei, eine Bezahlung der Streiklosen zu veranlassen. Scharf kritisiert wurden die Maßnahmen des Prinzpal Willein, dem die Fällung von Abmachungen vorgeworfen wurde.

Ein Antrag, den Streikenden für die Zeit vom 15. bis 30. März 20 M. Unterstützung zu gewähren, wurde abgelehnt.

### Unternehmervollkür.

Die Tischarbeiter der Elektr. Bauabteilung Nord-Süd, Siemens u. Halske, wollten nach dem Generalstreik am 24. März die Arbeit wieder aufnehmen. Dem Arbeiterausschuß erklärte der Regierungsausschuß a. D. Lindner, daß er keinen Arbeiterausschuß mehr kenne, und daß alle Arbeiter, die gestreikt hätten, entlassen seien. Der Reichsarbeitenausschuß forderte dann, da es sich um einen volkswirtschaftlichen Betrieb handelt, die Einstellung der Arbeiter. Daraufhin erklärte die Direktion, daß nicht alle Arbeiter eingestellt werden könnten, besonders nicht eine Anzahl „unzuverlässiger“ Arbeiter, unter ihnen Ausschussmitglieder und der Obmann. Eine Sitzung des Schlichtungsausschusses bestanden die Unternehmer zu versagen, da ihnen der Vorstoß nicht genehm war. Auf Grund dieser Tatsachen sind auch noch weiterhin etwa 300 Arbeiter, die arbeiten wollen, blockiert. Durch den Streik und die Willkür des reaktionären Baumsterns Lindner, der mit den Kuffners Kapp-Zeitlich außerordentlich sympathisierte, kann der Tunnel am Halleschen Tor, der bereits zum 8. März fertig sein sollte, nicht fertig gebaut werden und wird weiterhin ein Hindernis für den Schiffverkehr bilden. Es ist höchste Zeit, daß sich Kommune und Gewerkschaft mit der Angelegenheit befassen und Sade der Arbeiterkassette ist es nicht lohnend zu lassen nur bei der Vernichtung der militärischen Reaktion, sondern auch bei der Unschärfmachung der Verleiter des Sozialismus, die nun hant und dran sind, den Arbeiter auch wirtschaftlich vollkommen zu entwaschen.

### Verband der Steinseher und Berufsgenossen.

Sämtlichen Kollegen zur Kenntnis, daß die Betriebs- und Betriebsobmannernahmen, was selbige noch nicht erledigt sind, Ratgebern haben. Wo Schwierigkeiten entstehen, ist sofort der Geschäftsstelle, Berlin N. 68, Schönhauser Allee 128a, Meldung zu machen.

Gleichzeitig ersuchen wir die gewählten Vertrauensmänner und Betriebsräte, sich diese Wahl von den Arbeitgebern schriftlich bestätigen zu lassen.

Am Freitag, den 2. April 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, findet unsere Extroverammlung (Harmonie, Ursulidenstr. 1) statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

RV. Note Vertrauensmännerlisten werden in der Versammlung eingelesen. Aufgabe der neuen Kartens erfolgt am Donnerstag, den 8. April in der Geschäftsstelle.

J. A.: Der Vorstand, J. Schar.

Die Arbeitsgemeinschaft der Norddeutschen Textilindustrie beschloß in ihrer Sitzung vom 28. 3. 1920 zu Berlin: „Ihren Mitgliedern zu empfehlen, den Arbeitern 6 Streiktagen inklusive der Feuerungszulage zu bezahlen.“ Nur Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft gehört ganz Nord- und Ostdeutschland mit Ausnahme von Mecklenburg und der Niederlausitzer Textilindustrie.

Die Industriellen der Textilindustrie haben sich in diesem Falle vornehmlich von den Schatzmeistern der Reichs- und anderen Industrien ab.

Die Lohnbewegung der Böttcher Groß-Berlin, von denen Einzelnen die „Freiheit“ feinerzeit berichtet, ist mit dem heutigen Tage — bis auf die Böttcher, welche in den Wochenenden beschäftigt sind — abgeschlossen. Bis 1. April 1920 werden pro Stunde 6 M. und 5,70 M. bezahlt. Der Verein der Brauereien hat bis heute noch nicht die geforderten 220 M. pro Woche zugestanden, während diese Summe weit unter den oben bezeichneten Lohnhöhen liegt. Zu bemerken ist ferner, daß die Brauerböttcher auch bis heute nur 157 M. pro Woche erhalten, während in den Böttcherwochenlöhnen 177,50 M. und 189,50 M. gezahlt wurden.

Abschluß der Lohnbewegung in der Lederfabrikation. Der von den Arbeitnehmern anerkannte Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. In deswegen notwendigen neuerlichen Verhandlungen bequamen sich die Unternehmer zu Zugeständnissen, die nicht unwesentliche Nachzahlungen, in einigen Positionen Verbesserungen bringen und in anderen hinter dem Schiedsspruch zurückbleiben. In einer Versammlung der Branche empfahl Genosse Lehmann in Anbetracht des am 1. 4. in Kraft tretenden Hefttarifs, die Annahme der Zugeständnisse. Nach längerer Aussprache entsprach die Versammlung dem Vorschlag des Referenten.

Die verkündete Sperre ist nach Verhandlung der Arbeiterkassette mit dem Geschäftsführer Herrn Wolfgang Müller über die Namen Weber u. Co. des Taschentuchverbandes, Leinwandverbandes, deren Geschäftsräume sich in der Kopenstr. 68, Friedrichstraße 24, 3 Tr., Sitzungslokal große Funktionärkonferenz. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt Pflicht.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Die Urabstimmung am 27. März ergab eine Erhöhung der Beiträge, die am 1. April 1920 in Kraft tritt. Das Ergebnis war: 8356 Stimmen für Erhöhung und 2309 dagegen.

Die Verkündete Sperre ist nach Verhandlung der Arbeiterkassette mit dem Geschäftsführer Herrn Wolfgang Müller über die Namen Weber u. Co. des Taschentuchverbandes, Leinwandverbandes, deren Geschäftsräume sich in der Kopenstr. 68, Friedrichstraße 24, 3 Tr., Sitzungslokal große Funktionärkonferenz. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt Pflicht.

## Groß-Berlin.

### An unsere Leser!

Wir machen hiermit nochmals darauf aufmerksam, daß infolge ungeheurer gestiegener Herstellungskosten der Monatspreis für die „Freiheit“ ab 1. April auf 7,50 Mark monatlich erhöht werden mußte. Der Verlag.

### Mehr Spiel- und Sportplätze in Groß-Berlin.

Das Berliner Jugendpflegeamt hat einen besonderen Ausschuss für Sport- und Leibesübungen eingerichtet, der sich aus sieben Stadtverordneten vom Jugendamt (früheres Mitgliedern der Deputation für Turn- und Badewesen), sowie sieben Mitgliedern des Reichsausschusses für Leibesübungen zusammensetzt. Angestrebt wird die Einrichtung größerer Sport- und Spielplätze, die für Kinderferienplätze für Sportvereine, sowie für die Gesamtbevölkerung zugänglich gemacht werden sollen. Vor allem ist für den Süden Berlins das Tempelhofer Feld hinter dem Straußenhäuschen bis zur einsamen Wappel als Spielplatz in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit dem Reichswehrminister sind bereits eingeleitet. Es soll neben dem bereits bestehenden Landengelände ein umzäunter Riesenspielfeld geschaffen werden. Die angrenzenden Militärbaracken sollen zu Umkleieräumen sowie zur Aufbewahrung der Sportgeräte umgestaltet werden. Auch der Spielplatz am Ursan wird eine völlige Neugestaltung erfahren, und für die Allgemeinheit, sowie für Sportvereine und umliegende Schulen für Sommer- und Wintersport nutzbar gemacht werden.

Ein weiterer, ebenso großzügiger Plan soll auf dem großen Erkerplatz in Tegel verwirklicht werden. Hier sind bereits Anlagen und Räumlichkeiten vorhanden, so daß in diesem Sommer mit den Kinderferienspielen begonnen werden kann. Schließlich wird noch die Einrichtung einer großen Sporthalle in der früheren Reitbahn des Marstallgebäudes erwogen. Hier soll hauptsächlich Leichtathletik betrieben werden, da die Anlagen hierfür bereits vorhanden sind. Endlich plant das Jugendpflegeamt mit Rücksicht auf die ungenügenden Bademöglichkeiten im Sommer die Einrichtung von Freibädern sowie die Veranlassung der bereits bestehenden Freibäder in Grünau, Wannsee, Tegeler und Müggelsee für die Schulen und Sportvereine. Es ist zu erwarten, daß das Reichswehrministerium, das Reichsfinanzamt, sowie die übrigen Reichsstellen diese Bestrebungen so weit fördern, daß die Wünsche in diesem Sommer zur sportlichen Betätigung freigegeben werden können.

### Wann kommt Groß-Berlin?

Wie wir berichtet, ist der Gesetzentwurf zur Bildung einer Stadtgemeinde Groß-Berlin in vierter Lesung beschlossen. Es wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, die aber infolge der eingetretenen Verhältnisse noch nicht zusammengetreten konnte; der Ausdruck war noch nicht möglich gewesen. Jetzt wird die Arbeit aufgenommen werden. Durch die verloren gegangene Zeit ist es fraglich geworden, ob das Gesetz verabschiedet werden kann, um am 1. Juli in Kraft treten zu können. Es sind Ansichten laut geworden, die mit dem Inkrafttreten am 1. Oktober rechnen.

Ueber die Willkürkräfte von Reichswehrtruppen in Berarten gehen und fortgesetzt neue Besondere zu. Am Sonnabend vormittag erschien in Schmachtenagen bei Kranenburg ein Militärtrupp mit einem Offizier und einer Anzahl Soldaten und verhaftete die Frau unseres Genossen Silbernagel. Sie wurde nach der Richtung nach Kranenburg fortgeführt. Der Mann der Verhafteten hatte Sonntag abend noch keine Kenntnis von dem Verbleib seiner Frau. Kranenburg und Umgebung ist von der Reichswehr besetzt. Auch in Kranenburg sind Verhaftungen erfolgt, u. a. ist der Stadtrat Ludwig verhaftet worden. Gossensfeld wird auch hier schleunigst eingegriffen.

Die Imperatorenwerke in Witttau sind in den Besitz der Groß-Berliner Straßenbahn zum Preise von 9,7 Millionen M. übergegangen. Die Gewerkschaftsversammlung erteilte gestern ihre Zustimmung zu dem Kauf. Die Werke sollen als Bauwerkstatt benutzt werden. Eine Anordnung unferes Vertriebes im Aufschicht der Großen Berliner, auch die Waggonfabrikation in Aussicht zu nehmen, fand allseitig Zustimmung.

Räteversammlung der Groß-Berliner Arbeiterkassette. Diejenigen Arbeiterkassette, die nach Blankenbühlern in Händen oder sonstige Beträge abzugeben haben, werden dringen gebeten, dies so schnell als möglich im Bureau, Rungstraße 24, zu tun. Die Vertrauensleute müssen bei Weiterführung der Karte genau kontrollieren, ob alle Hörer ihren Beitrag entrichtet haben, bzw. restliche Beträge sofort einbringen.

